

Heu für die Schweiz aus Eritrea?!

Ja, Sie lesen richtig: Die Schweiz muss sich deswegen abgrundtief schämen! – «Jetzt isch gnueg Heu dunde!»



Rudolf Keller,
e. Nationalrat,
SD-Zentral-
präsident,
Frenkendorf

Mit grosser Konsternation haben wir in der «Aargauer Zeitung» vom 7. März 2012 Folgendes lesen müssen:

«Eigentlich ist die Schweiz ein Grasland. Kunst- und Naturwiesen machen 71 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche aus. Doch die Schweiz importiert immer mehr Heu, weil die einheimische Produktion nicht für alle Tiere reicht. (...)

Seit dem Jahr 2000 haben sich die Heuimporte sogar mehr als verdreifacht. Und

POSTCODE

AZB 3001 Bern

nicht nur das: Die Schweiz importiert das Heu unter anderem aus Ländern wie Eritrea, Kirgistan und Kame-
run. Der Haupt-

teil stammt zwar aus Deutschland, Frankreich und Italien, doch 22 Tonnen des im Jahr 2010 importierten Heus kamen aus dem ostafrikanischen Eritrea, das hierzu-
lande eher wegen den von dort stammenden Asylbewerbern bekannt ist. 2008 kamen 19 Tonnen Heu aus Kirgistan und 22 Tonnen sogar aus dem 10'000 Kilometer entfernten Peru.»

Es ist also so, dass unser Land nicht mehr alles Heu, das für die landwirtschaftliche Produktion benötigt wird, auch selbst produziert. Diese Meldung tönt schier unglaublich, waren unsere Bauern doch immer stolz darauf, eine breite Produktion an gesunden Lebensmitteln aus eigener Scholle bereitzustellen. Mit «Natur» hat dies überhaupt nichts mehr zu tun. Zusätzlich wird oft noch mit «Bio» geworben. **Meine Meinung ist die, dass niemand mit «Bio» werben darf, der sein Heu aus dem Ausland einführt.** Denn erstens stehen diesem Gedanken ethische, zweitens moralische und drittens ökologische (lange und teure Transportwege) Überlegungen entgegen. Aber es dürften leider nicht



Wüste, Halbwüste, Gebirge, wenige Fruchflächen – das ist Eritrea!

wenige bäuerliche Betriebe einen Teil ihres Heus aus dem Ausland beziehen.

Fortsetzung Seite 2

Spendenaufruf

Liebe Leserin, lieber Leser

Geld regiert die Welt. Wir haben aber dieses Geld nicht eben auf einem grossen Haufen. Deshalb legen wir dieser Zeitungsausgabe einen Einzahlungsschein bei. Um unsere Arbeit fortzuführen, sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen. Alle Spenden, ob gross oder klein, sind uns willkommen und helfen mit, dass wir unsere Partei finanzieren und damit für die Erhaltung von Volk und Heimat weiterkämpfen können. Wir danken Ihnen für Ihre grosszügige Unterstützung.

Rudolf Keller, e. Nationalrat, SD-Zentralpräsident
Dr. Michel Dupont, SD-Zentralvizepräsident
Christoph Spiess, Gemeinderat, SD-Zentralvizepräsident
Adrian Pulver, SD-Zentralsekretär

Inhalt

- 2 Der «Gripen» ist eine sinnvolle Sache!
- 3 Hat der Drang zur Selbstvernichtung etwas mit mangelnder Intelligenz zu tun?
- 4 Ja zur Volksinitiative
- 6 Wirrwarmpolitik des alten und neuen Bundesrats
- 8 SD-Marktplatz
- 9 Aus den Kantonen
- 15 Leserbriefe

Heu für die Schweiz aus Eritrea?!*Fortsetzung von Seite 1***Hungern in Eritrea**

Wir haben es ja gut in unserem Land.

Hier einige Vergleichszahlen

Eritrea – Schweiz:	
Bevölkerung:	4,5 Mio. – CH 8 Mio.
Durchschnittsalter:	17,5 J. – 39,5 J.
Geburten/1000 Einw.:	39 – 10
Säuglingssterblichkeit / 1000 Geburten:	75 – 4,5
Lebenserwartung	
Männer/Frauen:	51/54 – 77/83
Ärzte / 1000 Einw.:	0,05 – 4
Analphabeten:	41% – 1%
Telefon / 1000 Einw.:	8,5 – 727

Das nachfolgende Bild zeigt in etwa die Vegetation, wie sie in Eritrea aber auch teilweise in Kamerun vorherrscht. Viele Leute hungern und vegetieren am Existenzminimum.

Da sollten wir eigentlich ein sehr schlechtes Gewissen haben, dass wir es zulassen, dass Heu aus solchen Ländern zu uns gebracht wird. Und eben: Viele Leute flüchten aus diesen Ländern, weil sie keine Existenzgrundlage mehr haben. In Eritrea selbst sind die Gründe auch politischer Natur. Diese Leute kommen dann zu uns in die Schweiz oder nach Europa in das vermeintliche Paradies.

Dabei hätte Eritrea mehr Landwirtschaft und damit eine bessere Versorgung aus eigener Scholle dringend nötig! Dann müssten auch nicht so viele Leute ins Ausland flüchten.

Alles was an Rohstoffen – und dazu zählt in einem solch ärmlichen Land auch Heu – ins Ausland geliefert wird, schwächt ihre einheimische Wirtschaft und Landwirtschaft.

Auch in der Schweiz stimmt etwas nicht mehr!

Wie weit haben wir es mit unserem Land gebracht, wenn wir Heu aus anderen Ländern einführen müssen? Ganz offensichtlich ist dies auch eine Folge der falschen einheimischen Landwirtschaftspolitik. **In der Schweiz muss deshalb die Subventionswirtschaft dringend überprüft werden. Es muss sich für unsere Bauern auch rentieren, beispielsweise Heu selber zu «produzieren».** Aber eben – wir sind daran, immer grössere Gebiete unseres Landes zu Beton werden zu lassen.

Schönste fruchtbare Flächen werden und wurden in den letzten Jahrzehnten zubetoniert und somit der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen. Damit schwächen wir unsere Landwirtschaft. Wir werden so aber auch immer stärker vom Ausland abhängig.

Denn wir müssen immer mehr Lebensmittel oder die Grundlagen, um Lebensmittel zu erzeugen (beispielsweise Heu), aus dem Ausland beziehen. Das ist eine sehr schlechte Entwicklung, die wir der Landwirtschaftspolitik der grossen Parteien FDP, CVP, SP, aber auch der SVP zu verdanken haben. Was lehren wir daraus?

Nicht alles, was schliesslich auf unseren Tellern landet, ist ökologisch sinnvoll produziert. Und ver-



Heuen: So sollte es sein, auch im Mittelland!

mutlich dürfen wir uns auch nicht darauf verlassen, wenn es heisst, dass dieses oder jenes ein «Schweizer Produkt» sei..., wenn schon

das Heu aus dem Ausland kommt. An Futterzusätze und andere Dinge darf man dabei gar nicht erst denken.

Der «Gripen» ist eine sinnvolle Sache für die Schweiz

Der Sturz der Gaddafi-Diktatur hat die Bedeutung von Kampfflugzeugen eindeutig aufgezeigt. Ohne den Einsatz der Luftstreitkräfte von Frankreich und Grossbritannien hätten die Aufständischen diese unselige Diktatur nicht beiseitigen können. Trotz dieser Demonstration wird bei uns immer noch die Frage gestellt, warum die Schweiz gerade jetzt ein neues Kampfflugzeug benötige? Abgesehen davon, dass die internationale Lage sehr unsicher ist, zeichnet sich nun am Persischen Golf ein neuer Krieg ab, die Grossmacht Russland will gemäss Putin wieder aufrüsten. Obwohl von gleichgesinnten Staaten umgeben, lebt die Schweiz eben nicht auf einer Insel der Seligen. Über welche Mittel verfügt unser Land, um sich gegen eine allfällige Bedrohung aus der Luft zu schützen? Wir haben immer noch 33 relativ moderne «F/A-18C/D»-Kampfflugzeuge. Dazu kommen noch «54 F-5E/F Tiger». Die Technologie der Tiger-Flugzeuge stammt aber noch aus der Zeit des Vietnamkrieges, den 60er-Jahren. Mit diesen Flugzeugen können wir keine Abwehr in der Luft aufrechterhalten. Deshalb müssen sie ersetzt werden. Nur durch einen solchen Ersatz könnte unsere Luftwaffe wieder eine glaubwürdige Verteidigung erhalten.

Durch das VBS evaluiert wurden das französische Kampfflugzeug «Rafale» von Dassault, das Kampfflugzeug «Eurofighter» eines internationalen Konsortiums, zu dem auch Deutschland gehört, sowie das Kampfflugzeug «Gripen» aus dem neutralen Schweden. Warum hat sich das VBS für den «Gripen» entschieden? **Nur schon aus politischen Gründen können wir – nach den Anschuldigungen von Präsident Sarkozy, eine Steueroase zu sein und den Überflugseinschränkungen von Deutschland gegen unseren Flughafen Kloten – diese haben zum Ziel, den Flughafen in seinem Stellenwert zu degradieren – kein französisches oder deutsches Produkt kaufen.** Dazu kommt noch der Preis. Das schwedische Kampfflugzeug ist billiger. Nur schon aus diesen Gründen drängt sich die Wahl des Kampfflugzeugs «Gripen» auf. Der «Gripen» ist aber nicht nur preiswert, das Flugzeug verfügt über mehrere Fähigkeiten. Der «Gripen» kann sowohl für die Aufklärung, die Unterstützung der Bodentruppen wie auch für die Luftverteidigung eingesetzt werden. Seit 15 Jahren kann unsere Luftwaffe die ersten beiden Einsatzarten nicht mehr ausführen. Der



Sollen diese Schweizer Kühe weiter Heu aus Eritrea fressen?

Fortsetzung Seite 3

Hat der Drang zur Selbstvernichtung etwas mit mangelnder Intelligenz (IQ) zu tun?

Es gibt wissenschaftliche Untersuchungen, die beweisen, dass Völker mit einem tiefen IQ zu kriminellem Verhalten und zu existenzgefährdenden Verhaltensweisen neigen. – Wenn z.B. die serbischen Roma mit einem Intelligenzquotienten von nur 70 in unserer Gesellschaft kaum integrierbar sind und in aller Regel als «arbeitslose Analphabeten» in der organisierten Kriminalität ihr «Brot» verdienen, so erstaunt das eigentlich niemanden.

Oder wenn die nigerianischen Asylbewerber aus einem Volk mit einem IQ von 67 vor allem als Drogendealer auffallen, so erweisen sich diese als hemmungslose Vernichter begabterer Volksgenossen – vor allem aber ihrer existenzsichernden Geldgeber.

Wenn die Schweizer – mit einem IQ von über 100 einen Trend zur Selbstzerstörung entwickeln, so fragt man sich unwillkürlich, ob der oben erwähnte Bezug tatsächlich stimmen möge.

Seit den 50er-Jahren wird die Basis unseres Lebens – das Kulturland und die unberührte Natur hemmungslos zubetoniert.

Zur Finanzierung des schleichen Selbstmordes verhökert man den Boden skrupellos nicht nur an die eigenen Landsleute, sondern auch an Ausländer jeglicher Provenienz. Sie müssen bloss über eine gut gefüllte Börse verfügen oder zumindest gerissene Vortäuscher grossen Reichtums irgendwo auf der Welt sein.

Als vor 50 Jahren die Nationale Aktion gegründet wurde und sie in ihrem ersten programmatischen Papier auf den Unsinn des wilden Wirtschaftswachstums und der massiven Einwanderung aufmerksam machte, wurde sie vor allem von bürgerlicher Seite aufs Massivste geprügelt. Und nun hat einer ihrer Exponenten, der inzwischen verstorbene Prof. E. Stäubli, am 14. November 2008 folgende Erklärung veröffentlicht (Zitat):

Bis im Jahre 2030 wächst die Bevölkerung der Schweiz um über neun Prozent auf 8,4 Millionen Einwohner. – Mit der Zunahme der Bevölkerung wächst auch der Bedarf an Wohnungen, damit der Bedarf an Bauland. In der Schweiz wird in jeder Sekunde ein Quadratmeter Land verbraucht. 8,4 Millionen Einwohner, das bedeutet auch einen Mehrverbrauch an Energie von 22 Milliarden Kilowattstunden, 300'000 Autos mehr, 210'000 Tonnen mehr Siedlungsabfall pro Jahr.

Wie wird das einmal enden? Ewig kann doch das so nicht weitergehen. Die Aufnahmefähigkeit unseres Landes hat doch ihre Grenzen.

Heute – nach nur drei Jahren – wissen wir es besser! Führt man die heutige Einwanderungs- und Wirtschaftspolitik wie bisher weiter, so wird spätestens im Jahre 2015 die angegebene Grenze von 8,4 Millionen Einwohnern überschritten sein.



China – ein typisches Schwellenland im exorbitanten Dauerwachstum.

Bei der Lancierung der Lex Furgler im Jahr 1972 schrieb der Bundesrat in seiner Botschaft (Zitat):

Die Knappheit des unvermehrbar Bodens bei sich vermehrender Bevölkerung ist eine für die Schweiz unbestreitbare Tatsache; das Wort vom «Volk ohne Raum» wäre für die Schweiz wohl am Platz, wäre es nicht historisch belastet. Es ist einfach für einen Kleinstaat nicht möglich, Auffangbecken für alle zu werden.

Die unwirksame «Lexerei» in den darauf folgenden Jahrzehnten mit den Zugeständnissen an die Landverkäufer, Notare und die Bauwirtschaft beweisen, dass es dem Bundesrat nie auch nur halb so ernst war, wie es in der angeführten Botschaft tönte. – Die heutige Einwanderungs- und Asylpolitik ist geradezu selbstmörderisch!

Schon 1969 warnte der damalige UNO-Generalsekretär U Thant, zur Lösung der aus dem Dauerwachstum (Bevölkerung, Ressourcenverbrauch, Umweltver-

schmutzung usw.) resultierenden Probleme stünde nach seiner Schätzung noch ein Jahrzehnt zur Verfügung. Dann aber würden die Probleme unlösbar sein.

Heute – über 40 Jahre später – möge die Weltlage mit der System- und Finanzkrise Zeichen dieser Unlösbarkeit sein. Ein Volk mit einem IQ von über 100 müsste die nötige Einsicht aufbringen, um wenigstens auf seinem – in seiner Verantwortung stehenden Gebiet – entsprechende Massnahmen zu treffen.

Weitere kommende Abstimmungen werden zeigen, ob das Schweizervolk seinem Ruf, ein intelligentes Volk zu sein – gerecht zu werden vermag – d.h. Massnahmen beschliessen wird, welche die unseligen Trends des Bevölkerungswachstums und der Vernichtung der eigenen Lebensgrundlagen stoppen können.

Nach dem JA zur Volksinitiative «Schutz vor uferlosem Bau von Zweitwohnungen!» wurde nun eine erste Hürde übersprungen. Jedoch hat die Strategie der nachhaltigen Entwicklung ihr Ziel noch lange nicht erreicht. Die Schweizer Demokraten (SD) fordern einen totalen Baustopp resp. keine Ausweitung des heutigen Baulandes.

*Valentin J. Oehin,
e. Nationalrat, Köniz*

Der «Gripen» ist eine sinnvolle Sache

Fortsetzung von Seite 2

«Gripen» gilt deshalb als achtetes Multirole-Kampfflugzeug, das den anderen beiden Flugzeugen dabei mindestens ebenbürtig ist. Dazu kommt noch, dass der «Gripen» von Autobahnen aus starten kann und sehr milizfreundlich ist. Dieses Flugzeug kann durch Milizpiloten geflogen werden, was heute beim «F/A-18C/D» nur bedingt der Fall ist. Weder «Rafale» noch «Eurofighter» sind übrigens miliztauglich.



Das Kampfflugzeug «Gripen» hat sich durch die Einsätze im Libyen-Krieg bewährt. Schliesslich ist Schweden als neutraler Staat der Schweiz freundschaftlich verbunden.

Eine moderne Luftwaffe ist das Fundament einer glaubwürdigen Armee. Damit werden letztlich auch einheimische Arbeitsplätze, unter anderem in Randregionen, gesichert.

*Andreas Stahel,
Präsident SD Zürich, Wädenswil*

Heute ist Pazifismus leider salonfähig – Stopp dem Armeearbeitersabbau – erhaltet Arbeitsplätze!

Eidgenössische Volksabstimmungen vom 11. März 2012 – der Kommentar:

Ja zur Volksinitiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!»

Es ist ein Riesenerfolg, ein historischer Sieg, dass diese Initiative angenommen wurde. Volk und Stände haben der Vorlage zugestimmt und auch in manchen Kantonen, welche die Initiative ablehnten, gab es Gemeinden, die zustimmten.

Wir danken Franz Weber und seinen Leuten für diesen grossartigen Einsatz im Dienste unserer Heimat!

Dieses Resultat ist für uns Schweizer Demokraten von grösster Wichtigkeit. Wir haben jahrzehntelang gegen den **Ausverkauf der Heimat** gekämpft, teilweise auch mit Erfolgen bei eidgenössischen Abstimmungen. Und jetzt kommt die Initiative des Umweltschützers



Schweizerinnen und Schweizer wollen intakte Landschaften und Ortsbilder statt Zersiedlung und Verstädterung.

Franz Weber, die das Ganze noch besiegelt.

Es wird nun nach Annahme dieser Initiative auch für Ausländer sehr viel schwieriger, überhaupt noch Grundstücke und Wohnungen in

der Schweiz zu erwerben. Dies ist für uns eine höchst erfreuliche Tatsache.

Zudem hat auch der Landschafts- und Heimatschutz mit der entsprechenden Verankerung des In-

itiativtextes in unserer Bundesverfassung gewonnen. Die bauliche Entwicklung in den Tourismusebenen wird nun – zum Wohle der Einheimischen und des Tourismus – stark gebremst. Unser Land gewinnt so! Und das muss auch noch festgehalten werden: **Nicht zuletzt ist dies eine Riesenschlappe für die Heimat-Verbetonierer-Parteien SVP, FDP, CVP, BDP, Grünliberale und die Baulobby, welche gegen diese Volksinitiative gekämpft haben!**

Neben diesem Riesenerfolg ist es für uns Schweizer Demokraten fast unwichtig, wie die Vorlagen zur Buchpreisbindung oder der Ferieninitiative entschieden wurden.

SD-Redaktion

Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle»

VSPB enttäuscht über das Abstimmungsergebnis

Am Wochenende haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Initiative «6 Wochen Ferien für alle» eine Abfuhr erteilt. Max Hofmann, Generalsekretär des Verband Schweizerischer Polizeibeamter VSPB, bedauert diesen Entscheid: «Mit der Ablehnung der Initiative wurde eine gute Möglichkeit verpasst, um griffige Massnahmen gegen die steigende Arbeitsbelastung und die überbordenden Überstunden der Polizistinnen und Polizisten umzusetzen.»

In den letzten Jahren sind die Anforderungen an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer markant gestiegen. Stress und Burnouts sind tägliche Begleiter in der Arbeitswelt. Diese Extrembelastung betrifft vor allem auch die schweizweit rund 16'000 Polizistinnen und Polizisten. «Täglich wird von uns mehr Anpassungsfähigkeit, Flexibilität und Opferbereitschaft verlangt. Mit einer Annahme der Initiative «6 Wochen Ferien für alle» hätte der zunehmende Leis-



Wie viel Mehrbelastung ertragen die kantonalen Polizeikörpers?

tungsdruck erheblich abgefedert werden können», sagt Max Hofmann.

Erholungszeit fehlt oft

Wegen des chronischen Unterbestands der Korps und den sich mehrenden Zusatzaufgaben der Polizei, sammeln sich jährlich schweizweit über eine Million Überstunden an. Diese können aber in den seltensten Fällen bezogen werden. Und dabei ist gerade die Erholungszeit ein wichtiger Puzzlestein, um in Stress-Situationen die richtigen Entscheidungen zu treffen. Aus diesem Grund hat sich der VSPB auch von Anfang an für die Ferieninitiative eingesetzt.

Verband Schweizerischer Polizeibeamter

SVP, FDP und CVP unterstützen Abzocker

Seit sage und schreibe vier Jahren drücken sich die bürgerlichen Parteien vor einer Volksabstimmung über die Abzocker-Initiative. **Mit allen Tricks und politischen Winkelzügen unter der Gürtellinie wird der Termin für die Volksabstimmung hinausgezögert.** Nun wurde eine halbhatzige Gegenvorlage erarbeitet. Es soll eine sogenannte «Bonussteuer» eingeführt werden, um Bonusexzesse angeblich zu verhindern. Dies ist jetzt offenbar der dürftige Gegenvorschlag zur Volksinitiative, den sie während einer überlangen Schwangerschaft geboren haben. Im Normalfall folgt aus einer solchen überlangen Schwangerschaft eine Totgeburt – und als das ist der untaugliche Gegenvorschlag auch zu bezeichnen. Damit haben es SVP, FDP und CVP fertig gebracht, die Sache bis zur Unkenntlichkeit zu verwässern. **Dabei wäre es doch so einfach. Man sagt entweder Ja oder dann Nein zur Initiative. Davor drücken sich die Damen und Herren des Grosskapitals!** Eines ist klar, dem Wirtschaftsstandort Schweiz wird diese Initiative nicht schaden, denn die Kasse der Manager, die mehrere Millionen pro Jahr verdienen, ist verschwindend klein! Aber der Anstand und die soziale Gerechtigkeit gebietet es, diese gierigen «Geldhaie» in die Schranken zu weisen.



Schützen die Bürgerlichen ihre Klientel?

Eidgenössische Volksinitiative «gegen die Abzockerei»

Art. 95 Abs. 3 (neu)
«³Zum Schutz der Volkswirtschaft, des Privateigentums und der Aktionärinnen und Aktionäre sowie im Sinne einer nachhaltigen Unternehmensführung regelt das Gesetz die im In- oder Ausland kotierten Schweizer Aktiengesellschaften nach folgenden Grundsätzen:

Die Generalversammlung stimmt jährlich über die Gesamtsumme aller Vergütungen (Geld und Wert der Sachleistungen) des Verwaltungsrates, der Geschäftsleitung und des Beirates ab. Sie wählt jährlich die Verwaltungsratspräsidentin oder den Verwaltungsratspräsidenten und einzeln die Mit-

Fortsetzung Seite 5

Aufgepasst!

Der «Schweizer Demokrat» gehört nach dem Lesen nicht ins Altpapier. Bitte die Zeitung an Freunde und Bekannte weitergeben!

Unscheinbare Manipulation

Wiederum gehört ein Abstimmungssonntag der Vergangenheit an. Dabei waren vier von fünf Vorlagen durchaus umstritten und die Ausgangslage konnte im Vorfeld als offen bezeichnet werden. Wenn zudem gewisse Sachgeschäfte einen allgemein gewichtigen Charakter aufweisen, so ist jeweils eine hohe Anzahl an Lobbyisten, die um ihre Gunst buhlen, vertreten. Diese haben jedoch völlig unterschiedliche finanzielle und personelle Kapazitäten, wobei sich oft auch die Medien unbewusst und teilweise bewusst nach solchen Kräfteverhältnissen richten. Letztlich ist keine Quelle wirklich neutral. Die Präsenz des Bundesrats, beispielsweise in einer Diskussionssendung mit hoher Einschaltquote wie der «Arena», kann sinnvoll sein, da die Möglichkeit einer weniger brachial ideologischen Meinungsbildung besteht. Auch dieser Umstand ist allerdings ausschliesslich von der einzelnen Sachfrage und dem Verhältnis der Pro- und Contra-Seite abhängig. In manchen Fällen erwiesen sich sogar die fachmännischen Kommentare der Kaderleute aus der Bundesverwaltung als lehr- und hilfreich.

Dagegen muss man die Erteilung von Abstimmungsempfehlungen im Schweizer Staatsfernsehen durch den Bundesrat entschieden verurteilen, zumal dafür die absoluten Spitzensendezeiten, Samstagabend zwischen 19.30 und 20.15 Uhr, zur Verfügung gestellt werden.

Die Publikation der Mehrheitsentscheide von Regierung und Parla-



Keine «neutrale» Beeinflussung der Stimmabgabe.

ment respektive die Erwähnung in der entsprechenden Abstimmungsbotschaft reichen vollends aus, da der Stimmbürger die Pro- und Contra-Argumente der Lobbyisten im selben Atemzug mitgeteilt bekommt und zwar mit dem Spielraum der eigenen Interpretation. Dies ist nur bei gelesenen, nicht aber gehörten Informationen möglich. Seit der Gründung des Bundesstaates im Jahr 1848 beweist das Schweizer Volk, eine geradezu bestechlich rationale Entscheidungsfähigkeit zu haben. Ansonsten wären Resultate zugunsten einer Mehrwertsteuererhöhung oder zulasten einer allgemeinen Steuer senkung kaum möglich. **Dabei zielen auch die angekündigten Einschränkungen der Volksrechte in Form von allfälligen Ungültigkeitserklärungen in die falsche Richtung.** Dank unserer direkten Demokratie verfügt die Schweizer Bevölkerung über ein sehr gutes

schaft kann nicht an eine juristische Person delegiert werden. Die Statuten regeln die Höhe der Kredite, Darlehen und Renten an die Organmitglieder, deren Erfolgs- und Beteiligungspläne und deren Anzahl Mandate ausserhalb des Konzerns sowie die Dauer der Arbeitsverträge der Geschäftsleitungsmitglieder.

Widerhandlung gegen die Bestimmungen nach den Buchstaben a–c wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren und Geldstrafe bis zu sechs Jahresvergütungen bestraft.»

Für uns Schweizer Demokraten ist die Sache ganz einfach: Wir wollen griffige Massnahmen und die sind in der Volksinitiative umschrieben. Also Ja zur Abzocker-Initiative!

SD-Redaktion

politisches Allgemeinwissen und besitzt zu Recht die Kompetenz, auch zu detaillierten Verfassungs- und Gesetzesreformen (fakultatives Referendum) Stellung zu nehmen. Je mehr Mitbestimmung desto grösser ist das Wissen und die Fähigkeit einer qualifizierten Stellungnahme. Länder wie Frankreich mit äusserst rigiden politischen Rechten (keine Volksabstimmungen und wenig Wahlmöglichkeiten) fördern die Politabstinenz.

Die Schweizer Demokraten (SD) fordern, in Zukunft auf sämtliche Abstimmungspropaganda seitens des Bundesrats oder des höchsten Kaders der Bundesverwaltung in den Staatsmedien zu verzichten und jegliche Kommentare zu unterlassen. Auftritte in einer kontradiktorischen Diskussion sind davon ausgenommen.

SD-Redaktion

Nationalisme moderne – hier kommt der «Front National» (FN)

Am 22. April dieses Jahres wählt Frankreich für weitere fünf Jahre einen Staatspräsidenten. Dabei könnte neben den favorisierten Nicolas Sarkozy («Union pour un mouvement populaire», kurz UMP/bürgerlich-konservativ) und François Hollande (Sozialdemokrat) durchaus auch Marine Le Pen, Kandidatin des national-konservativen «Front National» (FN), um den Einzug in die Stichwahl mitmischen. Jedoch standen die Prognosen zuletzt eher schlecht. **Andererseits konnte der FN in den vergangenen zehn Jahren immer einen Wähleranteil von mindestens 10% erzielen. 2002 reichte dies sogar für den zweiten Wahlgang,** der dann aufgrund vielfacher Proteste gegen die sogenannt rassistische politische Ausrichtung deutlich verloren ging. Damals war die Partei noch unter der Leitung von Jean-Maire Le Pen, dem Vater von Marine Le Pen. Er stand für eine äusserst restriktive Ausländerpolitik, die in den schlimmsten Fällen mitunter antisemitische Züge aufwies und somit eine gewisse Grenze der Legalität überschritt. Auch seine persönliche Vergangenheit war von verbalen Eskapaden geprägt.

Deshalb kann nun gesagt werden, dass sich der FN unter der Ägide von Marine Le Pen mit seiner modernen und zeitgemässen national-konservativen Ausrichtung nach einem kurzen Tief bei den letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen wieder spürbar erholt hat.

Die repressivere Positionierung der bürgerlich-konservativen UMP konnte den «Front National» nicht aus der französischen Politlandschaft verdrängen. Vielmehr widert der chronisch selbstdarstellerische Politstil von Nicolas Sarkozy die Franzosen an. Die Einführung eines Burka-Verbots kann diese Tat-



Marine Le Pen – Ikone der modernen Nationalisten.

sache auch nicht leugnen und könnte die Wähler eher wieder zurück zum FN führen. Am Zulauf, auch von jüngeren Leuten, fehlt es der Partei nicht. Die ethnischen Konflikte in den «Banlieues» (Vorstädte) stellen bürgerkriegsähnliche Zustände dar und treffen die einheimische Jugend am härtesten. Die islamische Gemeinschaft bildet längst einen Staat im Staate und kann indes als rechtsfreier Raum bezeichnet werden. Trotz dem allseits minderheitsfeindlichen Majorz-Wahlsystem konnte die Partei unter Marine Le Pen bereits einen Achtungserfolg landen. **Bei den Kantonalwahlen («cantons») konnten sich zwei FN-Kandidaten im zweiten Wahlgang durchsetzen.** Marine Le Pen verzichtet auf jegliche jüdenfeindliche Parolen und anerkennt auch die momentane Realität der Gesellschaft, was nötig ist, um neue vor allem junge Wähler und Mitglieder zu gewinnen. So gibt es afrikanischstämmige Franzosen, die vollständig integriert sind und sich genauso gegen aktuelle Migrationsprobleme, so etwa die Islamisierung mit ihrer Diskriminierung der Frau, wehren. Sie sieht ein, dass Integrationsmassnahmen für die Verhinderung der Ghettoisierung und den Parallelgesellschaften nötig sind, wenn auch mit repressiven Kontrollmechanismen. **Somit ist der Weg für eine erfolgreiche national-konservative Zukunft geebnet. Ni droite, ni gauche, français!**

SD-Redaktion

SVP, FDP und CVP unterstützen Abzocker

Fortsetzung von Seite 4

gliedert des Verwaltungsrates und des Vergütungsausschusses sowie die unabhängige Stimmrechtsvertreterin oder den unabhängigen Stimmrechtsvertreter. Die Pensionskassen stimmen im Interesse ihrer Versicherten ab und legen offen, wie sie gestimmt haben. Die Aktionärinnen und Aktionäre können elektronisch fernabstimmen; die Organ- und Depotstimmrechtsvertretung ist untersagt.

Die Organmitglieder erhalten keine Abgangs- oder andere Entschädigung, keine Vergütung im Voraus, keine Prämie für Firmenkäufe und -verkäufe und keinen zusätzlichen Berater- oder Arbeitsvertrag von einer anderen Gesellschaft der Gruppe. Die Führung der Gesell-

Wirrwarmpolitik des alten und neuen Bundesrats



Jean-Jacques Hegg,
e. Nationalrat,
Dübendorf

Es geht keineswegs nur um die Affäre Hildebrand. Die Bundesratswahlen 2011 erregten nur geringe Zuversicht und haben gar nichts Neues gebracht. Es soll alles im alten Trott weitergehen. Daran ändern auch die neu aufgetretenen Parteien GLP und BDP, die sich in eine angebliche «neue Mitte» drängen, nichts. Sie haben nämlich kaum politisches Profil.

Widersprüchliches

Im Vordergrund steht der Widerspruch zwischen der Absicht, aus der Atomenergie auszusteigen, und der vertraglich vereinbarten sogenannten Personenfreizügigkeit – sprich freien Einwanderung – mit der EU. Ist es denn so schwierig zu verstehen, dass jeder neue Einwanderer auch zusätzliche Energie einschliesslich Elektrizität braucht? Ganz besonders heikel ist es, wenn für ihn auch noch ein zusätzlicher Arbeitsplatz geschaffen werden muss, denn auch dieses und dieser braucht Energie. Selbst jeder Computer braucht sie. Ständig ist von Mitte und Mass die Rede. Hat denn die Schweiz in Sachen Einwanderung je Mass gehalten? Die Bevölkerung der Schweiz wächst unaufhörlich und

das seit es überhaupt eine Bevölkerungsstatistik gibt. Wann soll das enden? Verantwortliche in der Politik kennen keine Antwort auf diese brennende Frage.

An sich ist der Ausstieg aus der Energiegewinnung durch Atomkernspaltung richtig. Gewisse Konflikte mit dem Landschaftsschutz sind dabei zu akzeptieren. Atommeiler verschmutzen bei jedem Zwischenfall die Biosphäre mit radioaktiven Substanzen, ganz zu schweigen von Gewaltanwendungen, Kriminalität und Kriegen. Zum Beispiel haben die USA im Kosovo- und Irak-Krieg die Umwelt mit radioaktiver Munition verseucht. Die radioaktiven Substanzen und Strahlen lösen ihrerseits Veränderungen der Erbmasse, Mutationen, bei Mensch, Tieren und Pflanzen aus. Der Tatbestand ist durch Dutzende wissenschaftliche Untersuchungen, die zum Teil zeitlich ziemlich zurückliegen, gesichert. Alle Überprüfungen haben bisher übereinstimmend ergeben, dass dem so ist. Mutationen sind aber zu 99 Prozent schädlich und nur in seltenen Einzelfällen nützlich oder neutral. Die Radioaktivität verursacht auch direkt Krankheiten, Schilddrüsenkrebs, Leukämien usw. Ungelöst ist zudem die Entsorgung und die sichere Endlagerung der Abfälle und Überreste von Atomkraftwerken.

Verlorene statistische Übersicht

Für einen Ausstieg aus der Atomenergie ist eine Umstellung der ganzen Elektrizitätsversorgung nötig. Eine solche kann selbstverständlich nicht kurzzeitig erfolgen. In weite Ferne rückt sie jedoch, wenn wir mit unserer Einwanderungspolitik fortfahren. Leider gibt es in der Politik zu viele Juristen und zu wenig Naturwissenschaftler.

Das Wachstum der Bevölkerung in der Schweiz ist – zumindest in den letzten Jahrzehnten – ausschliesslich einwanderungsbedingt. Würde die Bevölkerungskurve nur durch die Geburten beeinflusst, so hätte das ein Schrumpfen der Bevölkerung zur Folge; selbst dann, wenn wir die Ausländergeburten mitzählen! Durch die Einbürgerungen einschliesslich Einheiraten sowie illegale Einwanderung (geschätzt zwischen 100'000 und 400'000) ist die Übersicht übrigens längst verloren gegangen. Selbst die Grenzgänger (offizielle Zahl 214'570) verfälschen die amtlichen Statistiken. Ein grosser Teil von ihnen wohnt effektiv in der Schweiz und



Immer mehr Parteien und dennoch wenig Neues.

kehrt nur übers Wochenende an ihren Geburts- oder offiziellen Wohnort zurück. Sie belasten das Ökosystem also praktisch wie Voll-einwanderer. Von den Asylanten – auch sie zu einem guten Teil nicht mitgezählt! – wollen wir gar nicht sprechen.

Lösungsorientierte Politik?

Bei der Begründung für die Benachteiligung der SVP bei den Bundesratswahlen kann man immer wieder hören, eine Regierungspolitik müsse lösungsorientiert sein und Lösungen bringen,

und das sei bei der SVP nicht der Fall. Ja hat denn der Bundesrat je Lösungen gebracht? Hat er je das Problem der ins Unendliche wachsenden Bevölkerung in der Schweiz gelöst? Wie will er dieses Problem lösen? Früher hat er wenigstens versprochen, die Einwanderung einzuschränken. Gehalten hat er zwar nichts, aber zumindest guten Willen gezeigt. Heute tut er nicht einmal mehr das. Er könnte es ja auch nicht, weil er beim Unterschreiben der Verträge mit der EU, die er aufrechterhalten möchte, eine freie Einwanderung vereinbart hat. Die ebenfalls vereinbarte und bisher nie angewandte sogenannte Ventilklausel ist übrigens wertlos, weil nur vorübergehend wirksam. Der UNO-Berater für den Welthunger, Jean Ziegler, schwadroniert zwar, die Welt könne mühelos 12 Milliarden Menschen ernähren. Aber die Ressourcen der Schweiz allein sind doch beschränkt!

Dichtestress

Ausserdem: eine Überbevölkerung oder zu hohe Bevölkerungsdichte

SD 

Die Schweiz in 20 Jahren:

**Moscheestrasse 16,
8006 Zürich**

**chemin du Halal 42,
1003 Lausanne**

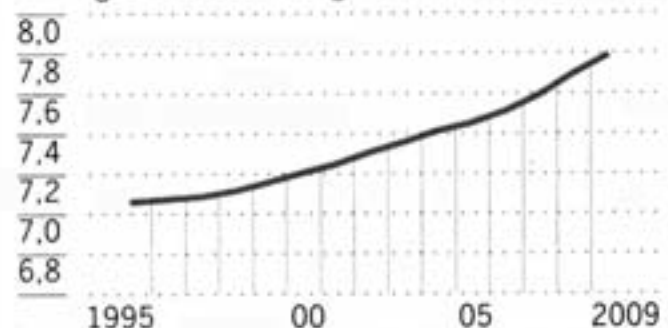
**viale del Muezzin 58,
6500 Bellinzona**

**veia Minarets 3,
7460 Savognin**

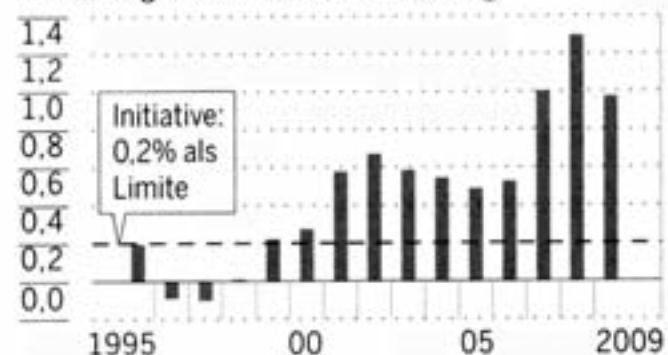
Wollt Ihr das?!

Wie die Schweizer Bevölkerung wächst

Ständige Wohnbevölkerung in Mio.



Wanderungssaldo in % der Bevölkerung



TA-Grafik kmh / Quelle: BfS

ist nicht nur eine Frage der Ernährung. Der Mensch ist doch auch auf Erholung angewiesen! Und die kann nach Ergebnissen der vergleichenden Verhaltensforschung nur durch die ihm angebotene Umwelt, die unberührte Natur, durch das Erlebnis von Wald, Wiesen, Bergen, Seen und Wasserläufen gewährleistet werden. Wenn er rundum nur noch Beton und Asphalt, Mietskasernen und Hochhäuser, Strassen, Lagerhäuser und Menschenmengen sieht, wird er krank. Das sogenannte verdichtete Bauen als Lösung des Problems ist Quatsch. Nicht umsonst spricht die einschlägige Literatur von einem Dichtestress, der Krankheiten erzeugt. **Multimillionenstädte der Welt wie Sao Paulo, Mexiko-Stadt, Kinshasa, Kairo, Kalkutta und andere versinken deshalb in einem Meer von Kriminalität und psychischer Invalidität.**

Einseitige Rezeption der Verhaltensforschung

Die Verhaltensforschung wird heute in der Öffentlichkeit zudem sehr einseitig rezipiert. Beliebt ist der Nachweis zur Neigung, Rangordnungen und Hierarchien zu bilden. Fast überall spricht man von Alpha-Typen, welche angeblich die Welt beherrschen, oder von Omegas; das sind die Hühner, die auf dem jeweiligen Hühnerhof von allen andern Hühnern gepickt werden, ohne sich zu getrauen, zurückzupicken. Beim Menschen spricht man auch von «Mobbing». Wichtige Ergebnisse, z.B. durch den Nobelpreisträger Konrad Lorenz, werden jedoch als unbequem unter dem Deckel gehalten. **Es gibt neben Hierarchien auch ein Territorialverhalten, angefangen beim individuellen beziehungsweise persönlichen Revier, weiteren emotionell besetzten Räumen, namentlich Gruppenterritorien.**



«Quo vadis» Schweiz? (Lat.: «Wohin führt dein Weg»)

Beim Menschen sind das Wohnungen, Dörfer, Gemeinden, Kantone, Länder, Nationalstaaten.

Alles spricht nur noch von «Globalisierung», was eher einen untauglichen Versuch zur Globalisation darstellt. Globale Probleme gab es nämlich schon früher, und auch Cristoforo Colombo oder Vasco da Gama waren Globalisierer.

Mögliche Biodiversität?

In Zusammenhang mit der Ökologie spricht man heute gerne von Biodiversität, die angestrebt werden sollte. Aber die anzustrebende Diversität betrifft doch nicht nur Tiere und Pflanzen! Auch der Mensch ist Mitglied der meisten Biotope. Wie steht es denn mit der Diversität, wenn ein Gebiet von immer mehr Menschen und immer weniger Tieren und Pflanzen besiedelt ist? **Dass die Bevölkerungsdichte durch Menschen ökologisch ebenfalls entscheidend ist, wird in der Öffentlichkeit fast**

durchwegs bestritten. Dabei kann man in jedem Lehrbuch der Ökologie nachlesen, dass es anders ist. Angebliche Grüne fördern sogar noch die Einwanderung!

Die Schweiz war früher eine sozial ausgeglichene Nation, mit wenigen wirklich Reichen, einem breiten Mittelstand und nur wenigen tatsächlich Armen. Das ist nicht mehr so. **Es gibt immer mehr Superreiche, der Mittelstand schwindet und die Armen nehmen zu.** Ich erinnere nur an das Schlagwort von den «working poors». **Dies haben wir mit der Einwanderungslawine einer Hilfsarbeiterbevölkerung erreicht.** Zwar wird neuerdings behauptet, mit der Einwanderung von Deutschen und Angloamerikanern habe sich der durchschnittliche Bildungsgrad der Einwanderer verbessert. Kürzlich haben jedoch Andreas Kunz und Peter Keller in der Zeitung «Weltwoche» (Nr. 1) nachgewiesen, dass dies nicht stimmt.

Ausgehungerte Schweizer Armee

Auch die Schweizer Armee, insbesondere deren Luftwaffe (früher Flugwaffe genannt) ist in einem schlechten Zustand. Sie wurde in den letzten Jahren finanziell ausgehungert. Dabei sollten wir aus der Erfahrung lernen! **Bei der Generalmobilmachung 1939 mussten fünf Fliegerstaffeln nach dem Einrücken wieder nach Hause entlassen werden, weil für sie keine Flugzeuge vorhanden waren.** Erst im Februar 1940 konnten die Staffeln 7, 8 und 9 nach Emmen zur Umschulung auf die inzwischen vom Deutschen Reich gelieferten «Messerschmitt 109» einrücken. Andererseits verfügte die Schweizer Armee am Ende des Krieges 1945 über 530 einsatzfähige Kampfflugzeuge. Die Deutschen hätten im Verlaufe des Zweiten Weltkrieges die «Me-109» bestimmt gut gebrauchen können.

Kommt schliesslich hinzu, dass die Schweiz als selbstständige Nation gar nicht überlebensfähig ist, wenn sie sich in eine einzige multikulturelle Grossagglomeration verwandelt. Daran ändert sich auch nichts, wenn sie wegen des nicht besiedelbaren Alpenraums in drei Grossstädte zerfällt, nämlich eine Grossstadt Mittelland, von Bregenz bis St. Julien bei Genf reichend und Teile von Österreich und Frankreich umfassend, Nordwestschweiz mit Teilen von Deutschland und Frankreich sowie Südtessin mit einem Teil von Italien. Die bundesrätliche Politik hat die Schweiz in eine entsetzliche Lage manövriert; die Kombination von Nachteilen eines Beitritts zur EU mit den Nachteilen eines Nichtbeitritts. Gewiss, die Welt steckt in einer Finanzkrise. Mittel- bis langfristig ist die Demografie jedoch viel entscheidender!

**Bist Du gegen die Einwanderung, Übervölkerung und Überfremdung?
Hast Du schon Unterschriften gesammelt für die SD-Volksinitiative für eine
Stabilisierung der Gesamtbevölkerung – Ausländerabbau?**

**Sammele jetzt oder verteile Bögen in deinem
Dorf oder deiner Stadt!**

Unter www.schweizer-demokraten.ch kannst Du die Bögen runterladen. Du kannst aber auch einfach anrufen und gratis Bogen bestellen unter der Telefonnummer 031 974 20 10. Oder Du kannst den Bestellbogen auf der letzten Seite einsenden.

SD-Marktplatz

Suchen Sie etwas? (ein Handöge-
li oder eine/n Freund/in). **Möchten
Sie etwas verkaufen, vermieten,
verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie
uns Ihr Anliegen mit. Oder schrei-
ben Sie uns per Briefpost/Post-
karte; noch besser per E-Mail. Der
zu veröffentlichende Text soll **kurz**

und **aussagekräftig** sein! Diese
Kleininserate erscheinen max. 2-
mal im «Schweizer Demokrat»
und sind für die SD-Familie **gratis**.
Normalerweise wird im Kleininserat
für die Kontaktaufnahme die
Telefonnummer des/der Auftrag-
gebers/in abgedruckt. Aber andere
Kontaktmöglichkeiten sind auch

möglich (z.B. Postadresse, E-Mail).
Bei ganz persönlichen Dingen ist
ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil. In
diesem Fall bitte Ihrer Briefsen-
dung an uns Fr. 10.– (Note) beile-
gen. Wir leiten dann die eingegan-
genen Briefe an Sie weiter. Bitte
Ihre Postanschrift nicht vergessen.
Volle Diskretion zugesichert!

Kontaktadresse: SD-Marktplatz,
Postfach 8116, 3001 Bern

Tel. 031 974 20 10, Fax 031 974 20 11
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt mög-
lich auf
www.schweizer-demokraten.ch

Wer sucht, der findet!

DIENSTLEISTUNGEN

Steuererklärung 2011. Steuerex-
perte (über 30 Jahre Berufserfah-
rung) füllt Ihre Steuererklärung
bei Ihnen zu Hause (Bern und Um-
gebung) aus und gibt Ihnen ent-
scheidende Steuertipps.

Stundensatz Fr. 80.–

Telefon 031 941 06 73

E-Mail: j.p.schwab@bluewin.ch

ZU VERMIETEN:

**Seriöse und preiswerte Mietwagen
Kleinwagen, Limousine, Kombi,
Van, Roller, Motorräder**, ab Fr.
600.– mtl. inkl. 2000 km; Motos ab
Fr. 200.–. Die Fahrzeuge können
auch pro Tag oder Wochen gemie-
tet werden; für die ganze Schweiz.
Region Biel.

Telefon 076 369 28 28

ZU VERKAUFEN:

Porsche 944 Automat, Klima, Ser-
vo, elektr. Sitzverstellung, Heck-
schürzen, Aluräder, ab Service und
MFK, Fr. 13'850.–, Tausch, Teilzah-
lung ohne Anzahlung möglich,
weitere Fahrzeuge. Stadt Bern

Telefon 079 304 74 51

Bio-Knospen Olivenöl und **Schwei-
zer Essig** von Waldkirch SG, Region
Ostschweiz,

Telefon 071 244 72 76 oder
thomas-fischer@bluewin.ch

6 Paar Arbeitshosen von «Lutteurs»,
mit leichter weisslicher Maserung
(je 3 blaue und 3 grüne), unge-
braucht, Grösse 44, Fr. 74.– je
Stück. Stadt Bern.

Telefon 031 971 09 38

E-Mail: enicobarisi@bluewin.ch

Quarzhoren, Omega mit Datuman-
zeige (mit Originallederarmband),
70er-Jahre. Fr. 200.–. Zudem Rado-
imitation, Fr. 30.–. **Neue Fitness-
und Muskel-Stimulationsgürtel** mit
6 Programmen. Neupreis Fr. 98.–
(mehrere verfügbar). Verkauf jetzt
für Fr. 30.–. Bei Abnahme von zwei
Stück Fr. 50.–. Region Biel.

Telefon 032 331 91 35

GESUCHT:

Kaufe von privat **altes Spielzeug** vor
1970: Eisenbahnen, Blechautos,
Flieger, Schiffe, Elastolinsoldaten,
Dinky Toys, Teddybären usw.

Auch alte Ansichtskarten vor 1950,
alte Pfadiabzeichen, Aufnäher usw.,
Region Zürich.

Telefon 079 643 55 64

Gesucht – günstig oder gratis:

Fotos, Postkarten, Prospekte, mit

Abbildungen von Menschen, Objek-
ten, Gebäuden, Landschaften usw.
für den Abdruck im «Schweizer De-
mokrat» (Bebildung von Artikeln).
Kontaktadresse: **SD-Sekretariat in
Bern. Telefon 031 974 20 10, Fax
031 974 20 11**

schweizer-demokraten@bluewin.ch

Bin auf der Suche nach Interessen-
ten und eventuell Spendern für die
**Gründung einer Kantonalsektion
Solothurn**. Mein Name ist Daniel
Rebetez und ich wohne in Gren-
chen, PC 30-410665-1.

Vielen Dank für Euer Interesse!
Kanton Solothurn

Telefon 078 789 60 52

E-Mail: stefan.hess61@hotmail.com

BEKANNTSCHAFTEN:

Berner, 185/85, 50plus, sucht poli-
tisch interessierte Schweizerin, 30
bis 60 J., mit Freude am Reisen,
Camping, Garten, Schwimmen, Fe-
rien. Bär freut sich auf Deinen An-
ruf. Danke zum Voraus.

Telefon 031 333 68 68.

EIN GUTER RAT:

Schlüsselbund schon mal verloren?
Befestigen Sie an Ihrem Schlüssel-
bund eine billige Plastiketikette und
vermerken Sie darauf ihre Handy-

Nummer (niemals Ihre Festnetz-
Nr.!) und erwähnen Sie: Finderlohn
von Fr. ? zugesichert!

AUSSTELLUNGSHINWEIS:

Schweizerisches Freilicht- museum Ballenberg

Bei uns stehen die Türen offen!

...treten Sie ein und schauen Sie
sich um: in Küchen, Kammern und
Wohnstuben in originalgetreu wie-
deraufgebauten Häusern und Höfen
aus alter Zeit. **Bei uns düfen Sie
beim Arbeiten zuschauen!**

...Handwerker zeigen Ihnen Schnit-
zen, Korben, Weben und Klöppeln
bis hin zum Käsen und Backen.

Bei uns sind alte Bräuche aktuell!

...In speziellen Veranstaltungen
führen wir Ihnen traditionelle Brä-
uche vor, z.B. Trachten und Tänze,
Brächete und Herbstmarkt. Die Da-
ten und detaillierte Informationen
erfahren Sie aus unserem Veranstal-
tungskalender www.ballenberg.ch
oder per Info-Telefon 033 952 10 40.

**Bei uns stehen Ihnen für Hunger
und Durst**

...drei gemütliche Gasthöfe zur Ver-
fügung. Auch Picknick-Plätze und
das Holz zum Grillieren sind schon
parat. Mehr über das Freilichtmu-
seum im Berner Oberland unter:

Telefon 033 952 10 30;

www.info@ballenberg.ch

Elektronische JSD-Zeitung

<http://www.volkundheimat.ch>

Regst Du Dich über die vielen Ausländer im Land auf? – Dann musst du etwas dagegen tun!

Eidg. Volksinitiative «Für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung»

www.stabilisierungs-initiative.ch, Postfach 18, 5332 Rekingen AG

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen



Bezirk Baden und Umgebung:
Stamm im Hotel «Winkel-
ried», Landstr. 36, Wettingen.
Jeden 1. Dienstag im Monat ab
20 Uhr.

Fricktal: Stamm im Rest. «Weisses
Rössli» in Eiken. Jeden 1. Donner-
stag im Monat ab 19.30 Uhr.



SD Stadt Bern: Höck (Vor-
standssitzung, Gäste sind
stets eingeladen!) im Restau-
rant «Jäger», Murtenstr. 221,
Bern-Bethlehem. Postauto
Nr. 101, Haltestelle Untermattweg

(von dort ca. 1 Min. zu Fuss). Oder
Tram Nr. 8 Richtung Brünnen-West-
side, Haltestelle Säge (von dort ca. 5
Min. zu Fuss). Jeden letzten Dienstag
im Monat ab 20.00 Uhr.

Berner Oberland: Höck im Hotel
«Milan» in Ringgenberg. Jeden
1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr.



Winterthur und Umgebung:
Höck im Restaurant «Blume»,
Wülflingerstrasse 236. Jeden
1. Freitag im Monat ab 20 Uhr
(bei einem Feiertag eine Woche spä-
ter).

Mitgliederversammlung am Diens-
tag, 22. Mai 2012, 19.30 Uhr im sel-
ben Lokal wie Höck.



Kantonalsektion St. Gallen:
Stamm am 26. April ab 19.30
Uhr im Restaurant «Dufour»
am östlichen Ende des St. Gal-
ler Hauptbahnhofs. Weitere Infos
über Telefon 079 639 06 07, abends.



Luzern-Innerschweiz:
Höck im Bistro «Spatz»,
Obergrundstrasse 103, Lu-
zern. Jeweils am letzten Mitt-

woch im Monat ab 20 Uhr (ausser im
August und Dezember). Es ist immer
jemand da! Bus-Nr. 1, 11, 20 ab Lu-
zern Bahnhof bis Haltestelle Eich-
hof.

jsd-nordwestschweiz.ch: Immer am
1. Montag des Monats Stamm ab 20
Uhr. Jetzt **neu im «Nelson Pub»** an
der Bahnhofstrasse 14 in Liestal.
Wir sind alles Junge!

Weitere Anlässe bitte melden an:
info@sd-marktplatz.ch



Kanton Aargau

Nein zu einem «Islam-Event»
in Spreitenbach

SD Aargau begrüssen Entscheid des Gemeinderates Spreitenbach

Die Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau begrüssen den Entscheid des Gemeinderates Spreitenbach, auf dem Mehrzweckplatz keinen «Islam-Event» des Vereins «Islamischer Zentralrat Schweiz» (IZRS) zu bewilligen. Das Nein für eine «IZRS-Veranstaltung» in Spreitenbach kann auch so gedeutet werden, dass diesem radikal islamischen Verein keine Plattform für die Verkündung von antidemokratischen Parolen gegeben wird.

Der Verein IZRS verstösst nach Meinung der SD Aargau gegen unsere Grundrechte und die Bundesverfassung. Das erklärte Ziel dieses Vereins ist es – ob man es wahrhaben will oder nicht – eine Parallelgesellschaft zu installieren bis hin zur Einführung der Scharia. Es ist in unserem Rechtsstaat nicht tolerierbar, dass sich Führungsleute des IZRS nicht von Steinigungen, Genitalverstümmelungen, Frauenunterdrückung, Zwangsheiraten



Nicolas Blancho, Präsident des «Islamischen Zentralrates Schweiz» (IZRS) – Zerstörer schweizerischer Werte und Errungenschaften!

usw. distanzieren. Die Ungleichheit zwischen Mann und Frau, welche der IZRS laufend verkündet, richtet sich gegen unsere Verfassung und hat in unserer demokratisch strukturierten Wertegesellschaft nichts zu tun. Das Endziel des IZRS ist es, unsere Grundrechte und Rechtsordnung auszuhebeln. Es ist doch nicht zu verleugnen, dass die radikalen Islamisten

überall an ihren Veranstaltungen darüber beraten (zwischen den Zeilen verkünden) wie man europäischen Staatsformen, in der Schweiz z.B. die direkte Demokratie, am zweckmässigsten abschaffen kann, zugunsten der Einführung der Scharia als zukünftiges Rechtssystem. Unübersehbar ist auch, dass beim grössten Teil der muslimischen Bevölkerung in der Schweiz der Wille gar nicht vorhanden ist, sich unserer Rechtsordnung unterzuordnen!

Sollte der Verein IZRS die angekündigte Versammlung in Spreitenbach – trotz Verbot des Gemeinderates Spreitenbach durchführen

– muss er verboten werden! Wir haben eine schweizerische Bundesverfassung, die für alle in unserem Land lebenden Menschen Gültigkeit hat. Parallelgesellschaften und deren Führern, welche gar ein «Nebeneinander» wie im Mittelalter predigen und anstreben, muss Einhalt geboten werden. Der Verein IZRS muss auch aus sicherheitspolitischen Gründen verboten werden! Um Druck auf die Bundesbehörden für ein Verbot des IZRS zu machen, behalten sich die SD Aargau die Lancierung einer Petition zuhänden des Bundesrates vor.

René Kunz, Grossrat,
Präsident SD Aargau, Reinach



Kanton Baselland



Allschwil:

Josi Studer wieder in den
Einwohnerrat gewählt

Bei den Einwohnerratswahlen vom 11. März wurde Josi Studer, unser Baselbieter Kantonalpräsident, wieder ins Parlament gewählt. Wir gratulieren dem gewählten SD-Mann herzlich und wünschen ihm viel Befriedigung in seinem Amt. Leider hat es nicht für einen weiteren Sitz gereicht, weshalb Susanne



Studer es nicht schaffte. Ihr und allen andern Kandidierenden danken wir aber für ihren Einsatz zu Gunsten unserer Sache.

SD Baselland



Kanton Bern



Motion Tram Region Bern

Redimensionierung des Projekts aus Kostengründen statt der geplanten Luxuslösungen

Bekanntlich wurde die Kostenschätzung für das TRB-Projekt (Köniz-Ostermundigen) von ursprünglich 260 Millionen Franken auf 400 Millionen Franken (+/-20%) nach oben korrigiert. Angesichts dieser exorbitanten Kosten ersuche ich den Gemeinderat, von der geplanten Luxuslösung Abstand zu nehmen und eine Redimensionierung des Projektes mit folgenden Eckpunkten vorzunehmen:

1. Verzicht auf eine Erschliessung des Rüti-Quartiers mittels eines Tunnels. In Ostermundigen ist das Tram bis Oberfeld zu führen.
Begründung:

Dieser letzte Streckenabschnitt verursacht wegen des starken Gefälles und der damit nötigen Tunnelösung einen überproportional hohen Anteil an den Kosten; und dies für eine «Nice-to-have»-Ergänzung ausserhalb des Hauptzweckes des Projektes, nämlich ei-

ne Tramverbindung auf der stark frequentierten Strecke Ostermundigen – Hauptbahnhof. Auch wenn natürlich jeder gerne ein Tram bis vor seine Haustüre hätte, ist doch stets der Kosten-Nutzen-Vergleich anzustellen. So stellt das vom Kanton Bern in Auftrag gegebene Gutachten «Überprüfung von Zweckmässigkeit und Kosten» der ewp AG/ETH Zürich vom 3. Mai 2011 ausdrücklich fest, dass die Erschliessung der Rüti nochmals geprüft werden soll. Das Gutachten sieht hier ein wesentliches Einsparpotenzial. Zitat aus der erwähnten Studie (B 1.5.): «Die in der ZMB getroffenen Entscheide zur Erschliessung der Rüti sollten mit weiteren Untersuchungen (wie dort ausdrücklich erwähnt) – insbesondere hinsichtlich der Busererschliessung in Ostermundigen – nochmals geprüft werden.»

Aus politischer Sicht ist zu ergänzen, dass schon bei der ersten Vorlage des Trams Bern-West nebst

der unglücklichen Streckenführung vor allem die hohen Kosten des damals geplanten Tunnels wesentlich zur Ablehnung in der ersten Volksabstimmung beitrugen. Das Tram ist für relativ flache Strecken geeignet; es ist Uding, mit einem Tram steile Rampen bewältigen zu wollen und dazu teure Tunnels zu bauen.

2. Verzicht auf eine Erschliessung von Schliern. In Köniz ist das Tram bis Köniz-Friedhof zu führen.

Begründung:
Im Wesentlichen gilt hier die gleiche Begründung. Die Bevölkerungszahl von Schliern ist nicht so bedeutend, als dass sich hier eine Tramanbindung aufdrängte. Zu erwähnen ist zudem, dass das Projekt TRB vom Könizer Parlament nur hauchdünn (mit Stichentscheid) angenommen wurde, die Könizer also gar nicht einhellig dankbar über das Projekt zu sein scheinen.

3. Verzicht auf teure Neugestaltungen von Strassen und Plätzen im Zuge dieses Projektes (soweit sie nicht zwingend sind, d.h. direkt mit dem Bau der neuen Tramtrasse zusammenhängen).

Begründung:
Gewünscht und sinnvoll ist eine neue Tramverbindung – nicht mehr und nicht weniger. Die Tendenz, eine neue Tramtrasse als Anlass zu nehmen, die ganze Umgebung (Plätze, Seitenstrasse) zu «verschönern» (sog. städtebaulich aufzuwerten), treibt natürlich auch die Kosten in die Höhe. Zitat aus der erwähnten Studie (B 1.3.): «Kostenreduktionen lassen sich auch hier durch eine Änderung des Ausbaustandards an Einzelobjekten bzw. auf Teilstrecken erzielen und sollten im weiteren Verlauf des Bauprojektes nochmals geprüft werden.»

Robert Meyer, Stadtrat,
Präsident SD Stadt Bern



Kanton Zürich



Votum von Gemeinderat Christoph Spiess: Keine «Kulturagenda-Plattform» auf dem Weg eines Nachtragskredits!

(Sinngemässe Zusammenfassung eines frei vorgetragenen Votums)

Wir sind heute mehrmals angefragt worden, ob wir dem Nachtragskredit, mit dem Fr. 975'000.– für die Schaffung einer Kulturagenda-Plattform «zuerichkultur.ch» nicht zustimmen könnten. Offenbar sind die Mehrheitsverhältnisse knapp und es kommt auf unsere Stimmen an. Wir müssen die Befürworter des Zusatzkredits leider enttäuschen. Es gibt schon ein breites Angebot an Informationen über das kulturelle Angebot in Zürich. Wenn nun argumentiert wird, diese Informationen seien nicht vollständig, so mag dies zutreffen. Doch auch die neue Plattform wird nie «vollständig» sein. Wenn wir nun auf dem Weg eines Zusatzkredits eine solche Einrichtung unterstützen, werden wir die-

sen weiteren Subventionsposten in der städtischen Rechnung nie mehr los. Die Plattform wird zuerst in Jahresschritten als Provisorium verlängert und irgendwann auf Dauer unterstützt. Wir Schweizer Demokraten sind nicht absolut und für immer dagegen, eine solche Kulturplattform einzurichten. Dazu soll aber der Stadtrat eine ordentliche Vorlage in den Rat bringen. Dann können wir in Ruhe die Vor- und Nachteile abwägen und entscheiden. Über einen Nachtragskredit geht das sicher nicht!

In der Abstimmung votierten 61 Ratsmitglieder mit Ja, 42 mit Nein, und 16 enthielten sich der Stimme. Dank unseren zwei Stimmen reichte es nicht für das Quorum von 63 Stimmen gemäss Ausgabebremse, und der Nachtragskredit gilt als abgelehnt.

Votum von Gemeinderat Christoph Spiess zur Ausländerpolitik des Stadtrates

(Sinngemässe Zusammenfassung eines frei gehaltenen Votums)

Wenn die SVP kritisiert, dass der Stadtrat in einem Bericht nicht die eigene falsche Ausländerpolitik beanstandet, verlangt er von unserer Stadtregierung wohl etwas gar viel. Im Übrigen sollte sich die SVP bei diesem Thema weniger hinauslehnen! Sie befürwortet ja eine Politik des immerwährenden Wirtschaftswachstums, und das gibt es nun mal nicht ohne Masseneinwanderung. Aus den hier lebenden Menschen kann man nicht immer noch mehr Leistung herausquetschen, also muss man die Bevölkerung aufblähen, damit man die Wirtschaft aufblähen kann. Nur hat davon der Normalbürger gar nichts, für ihn wird es nur immer enger! Die SVP sollte zum Thema «Personenfreizügigkeit» besser schweigen. Ihr grosser Chef in Herrliberg war es seinerzeit, der hinausposaunte, man solle es (die Personenfreizügigkeit) wagen. Er hat auch zuerst versucht, das Referendum gegen die letzte Ausweitung der

Freizügigkeit zu verhindern. Erst nachher, als dieses trotzdem ergriffen wurde und zustande kam, sprang der SVP-Chef mit seiner Partei auf den fahrenden Zug auf.

Frau Stadtpräsidentin Mauch andererseits will gemäss den naiven Vorstellungen der heutigen Linken die Lebensbedingungen von abgewiesenen Asylanten und illegalen Einwanderern verbessern und sie in den Arbeitsmarkt integrieren. Dabei bemüht sie eifrig die Menschenrechte. Das geht völlig an der Sache vorbei. Diese Leute sollen ja gerade nicht hier integriert werden, sondern heimgeführt werden – das ist die zwingende Folge davon, dass sie illegal hier sind! Solange diese Menschen hier sind, haben sie Anspruch auf die Grundrechte, und wenn sie trotz allem (schwarz natürlich!) arbeiten, sollen sie anständig entlohnt werden, selbstverständlich! Aber neben Menschenrechten haben sie vor allem eine einzige grosse Pflicht, nämlich die Pflicht, unser Land sofort zu verlassen!

Voten von Gemeinderat Christoph Spiess zum Beschlussantrag «Unternehmens- steuersenkungen rückgängig machen statt Einkommenssteuern erhöhen!»

(Sinngemässe Zusammenfassung zweier frei gehaltener Voten)

Wir Schweizer Demokraten verstehen die Kritik am Beschlussantrag von Frau Badran insoweit, als eine «Resolution» tatsächlich kein taugliches und gesetzlich vorgesehenes Instrument ist. Gemeint ist wohl eine Behördeninitiative in der Form einer allgemeinen Anregung. In der Sache hat Frau Badran aber recht. Seit Jahren wird beim Kanton – namentlich unter der Führung der SVP – so vorgegangen, dass man über ein Defizit klagt und dieses wegspart, dann aber – kaum ist die Rechnung ausgeglichen – mit Steuersenkungen ein neues Defizit schafft, damit man den Staat noch mehr strangulieren kann. Die Folgen dieser staatsfeindlichen Politik badet in erster Linie das Staatspersonal mit immer neuen Reallohnneinbussen aus. Dass es dem Kanton heute schlecht geht, liegt u.a. daran, dass die Pensionskasse schlecht und zum Teil sogar von Kriminellen verwaltet wurde, gegen die jetzt ein Strafverfahren läuft. Uns als Parlament einer grossen Gemeinde geht das sehr wohl etwas an, denn der Kanton wird sich auch zu sa-

nieren versuchen, indem er Lasten auf die Gemeinden abwälzt. Es ist auch richtig, dass man zuerst die Steuersenkungen bei den Unternehmen rückgängig machen und nicht als Erstes die Steuern für natürliche Personen erhöhen soll. Auch das betrifft die Stadt Zürich ganz direkt. Die Firmen brauchen unsere Infrastruktur genauso wie die natürlichen Personen. Wenn aber die Unternehmen weniger Steuern bezahlen, fliesst das Geld vermehrt in Gewinne, die ausgeschüttet werden. Und diese Gewinne werden nicht mehr bei uns in Zürich versteuert, sondern in Küsnacht, Wollerau oder Hergiswil! Falsch ist schliesslich die Argumentation der FDP, man könne den Unternehmen nicht zuerst die Steuern senken und dann sagen «Ätsch, April, April!». Die natürlichen Personen müssen sich auch gefallen lassen, dass Steuersenkungen zwar vorkommen, aber nicht für ewige Zeiten gelten, sondern in «mageren Jahren» auch mal rückgängig gemacht werden. Wir Schweizer Demokraten stimmen dem Beschlussantrag von Jacqueline Badran aus Überzeugung zu!

In einem anschliessenden Votum warf SVP-Gemeinderat Roger Liebi den Schweizer Demokraten vor, immer nur «SVP-Schelte» zu betreiben, und bezeichnete sie dabei auch als «nationale Sozialisten». Dies veranlasste Christoph Spiess zu folgender Replik (sinngemässe Wiedergabe des frei gehaltenen Votums):

Das Votum von Herrn Liebi ruft nach einer Antwort. Wir wollen mal annehmen, dass es sich bei der Art, wie er die Schweizer Demokraten bezeichnet hat, um ein sprachliches Missgeschick handelt, und gehen nicht weiter darauf ein. Falsch ist aber auch seine Vorstellung, dass wir «immer SVP-Schelte betreiben» würden. Wenn die SVP etwas Gutes macht, unterstützen wir sie durchaus. Nicht selten ist es aber nötig, ihr den Spiegel vorzuhalten. Uns kommt es «obsi»,



Auch juristische Personen sollen Verantwortung übernehmen.

Fortsetzung Seite 11

Schützen wir die verfassungsmässige Gleichberechtigung von Mann und Frau! JA zum Burka-Verbot!

Ich bin erschüttert...

- ob der Naivität (oder ist es Boshaftigkeit?) all jener, die es mit der kontinuierlichen Propaganda fertiggebracht haben, dass eine bedeutende Mehrheit unseres Volkes an den «ewigen Frieden» zu glauben scheint und deshalb die Armee bis zur Bedeutungslosigkeit schrumpfen lassen will.
- ob der Blindheit jener, die weit und breit in unserem Umfeld keine potenziellen Gefährdungen unserer Souveränität, ja unserer nationalen Existenz sehen können, während sich **in unseren Nachbarländern Frankreich, Deutschland, Österreich und Italien ob der unkontrollierten Einwanderung muslimischer Fanatiker eine explosive Situation entwickelt**, die zu Bürgerkriegen führen kann – zumindest aber ihre Sozialwerke in eine Krise stürzen wird.
- ob der Unbedarftigkeit all jener, welche in diesen Monaten die Lieferung der USA von **Waffensystemen und Munition** an die Golfstaaten im Wert von 100 Milliarden Dollar mit einem Achselzucken zur Kenntnis nehmen, ohne die Folgen dieser Aufrüstung zu bedenken.
- ob der Gleichgültigkeit unserer lieben Mitbürger angesichts der Tatsache der schlimmen Verschuldung praktisch aller unserer Handelspartner und **des damit ausgelösten Hungers auf unser «Eingemachtes»**. Der deshalb seit mehreren Jahren wütende Wirtschaftskrieg gegen unser Land nehmen sie nicht zur Kenntnis.
- ob der Unwissenheit der Mehr-

heit unseres Volkes über Tatsachen wie

- dass die NATO längst keine friedenserhaltende Macht mehr ist, sondern als militärischer Arm der US-Imperialisten funktioniert;
 - dass Deutschland nach wie vor – 65 Jahre nach Kriegsende – als von den USA besetztes Land behandelt und als europäischer militärischer Stützpunkt (ge)missbraucht wird;
 - dass Kleinstaaten in der EU äusserst gering geachtet werden.
- Als Musterbeispiele dienen:

Die jüngste Verhinderung einer Volksabstimmung in Griechenland!

Die Demütigung Österreichs, als sich das Volk erlaubte, eine Regierung zu wählen, die den Oligarchen in Brüssel nicht ins Konzept passte.

Anlass zu Hoffnung gibt die Tatsache, dass nach wie vor eine grosse Mehrheit unseres Volkes zur bewaffneten Neutralität steht. Unsere Partei hat zuletzt im politischen Programm 2003–2007 die daraus resultierenden Folgerungen umschrieben. Ich zitiere daraus die wichtigsten Aussagen:

Aus der bewaffneten Neutralität ergeben sich Verpflichtungen, zu deren Erfüllung wir eine kampfkraftige, gut ausgerüstete Armee benötigen, die die Fähigkeit hat, das Land wirksam zu schützen.

Wir fordern:

- *Bessere Ausbildung und eine der heutigen Wehrtechnik angepasste Ausrüstung unseres Milizheeres, die jeden möglichen Feind*



Wer schützt die Armee vor zusätzlichem Abbau?

vor einem Angriff abschrecken kann, weil mit einem zu hohen Eintrittspreis in unser Land gerechnet werden muss;

– Aufrechterhaltung der allgemeinen Wehrpflicht;

– Bekämpfung des Eindringens von staats- und armeefeindlichen Personen in unsere öffentlichen Institutionen;

– Verstärktes Handeln der Polizei und der Justiz gegen Überfälle, Einbrüche, das organisierte Verbrechen; Sexualstraftäter und Mörder sind härter zu bestrafen.

Diesen Forderungen habe ich nichts beizufügen. Sie sind angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen (leider) mehr als gerechtfertigt.

Sie sind völkerrechtlich abgestützt auf den Westfälischen Friedensvertrag von 1648 und den Beschluss des Wiener Kongresses von 1815.

Traurig ist die Tatsache,

dass die Verfassungsmässigkeit der Armee XXI nicht mehr gegeben ist, denn

- der Effektivbestand der Armee wurde von 780'000 (1990) auf heute noch 184'000 abgebaut und soll noch weiter verringert werden;
- voll ausgerüstete Kampfverbände bestehen heute gerade noch 2 gegenüber deren 30 vor 12 Jahren;
- die Kampfinfrastruktur wird zurzeit völlig liquidiert.

Die Kriegsbereitschaft soll gegebenenfalls in drei bis sechs Monaten erstellt werden können. Im Jahr 1995 war sie noch aus dem Stand gegeben.

Hoffen wir, dass bei Ausbruch von gegen uns gerichteten Feindseligkeiten unsere Gegner uns diese Zeit gewähren, um unsere militärische Abwehrbereitschaft zu erstellen!

Hans Spitz, Köniz

Voten von Christoph Spiess...

Fortsetzung von Seite 10

wenn wir jeden Mittwoch zuschauen müssen, wie die SVP die vielen kleinen Leute verrät, welche sie wählen, weil sie glauben, die SVP sei gegen die Überfremdung. Dabei wählen sie in Tat und Wahrheit eine Partei, die vor allem für niedrige Löhne und hohe Mieten kämpft... Wir Schweizer Demokraten machen das nicht mit. Wir sind keine Bonsai-Ausgabe der SVP, sondern eine eigenständige nationale Kraft.

Ich kann aber Herrn Liebi schon sagen, was die SVP tun müsste, damit wir bei ihr mitmachen könn-

ten: Fusionieren Sie mit der SP! Dann muss man bei der SVP noch etwas bürgerlichen Millionenspeck wegschneiden und bei der SP mit «Helvetinsäure» den Multikulti-Fimmel wegätzen. So kommt es gut! Nachher müsste man nur noch ein paar vernünftige Grüne mit in den Topf stecken, etwa Nationalrat Girod, der immerhin schon begriffen hat, dass Übervölkerung ein Problem ist – und dann machen wir sofort einen «Chöpfler» hintendrein...

Der Beschlussantrag von Jacqueline Badran (SP, nun Nationalrätin) wurde mit 62 Stimmen (SP, GP, AL, EVP, SD) gegen 58 Stimmen (SVP, FDP, CVP, GLP) angenommen.

Adressänderungen

Die Post sendet nach Ablauf der Nachsendefrist das an Sie adressierte Exemplar der Zeitung «Schweizer Demokrat» zurück und meldet uns Ihre neue Adresse nicht mehr.

Bitte melden Sie daher Ihre allfälligen Adressänderungen frühzeitig an SD, Postfach 8116, 3001 Bern, E-Post: schweizer-demokraten@bluewin.ch

Sie sichern sich damit den lückenlosen Empfang Ihrer Zeitung.

SD-Redaktion

Aufgepasst

Als Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) bekommen Sie jeweils zwei Rechnungen: Anfang Jahr erhalten Sie eine Rechnung für das Jahresabonnement der Zeitung von Fr. 45.–. Dieser Betrag wird immer der Zentralkasse gutgeschrieben. Zwischen März und Juni folgt dann die Verrechnung des Mitgliederbeitrags (meistens Fr. 50.–). Dieser Betrag wird der Kasse Ihrer kommunalen oder kantonalen Sektion (je nach Kanton auch die Zentralkasse) gutgeschrieben. Beide Rechnungen werden einmal pro Jahr zugestellt.

SD-Redaktion

**Regst Du dich über die vielen Ausländer im Land auf? – Dann musst Du etwas dagegen tun!
SD-Volksinitiative für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung – Ausländerabbau. Jetzt Unterschriften sammeln!**

Zum Nachdenken

Das gelesen: Noch immer laufen unter der Ägide von «Avenir Suisse» die Bestrebungen, die innere Organisation der Schweiz neu zu ordnen. Es wird behauptet, der kleinstrukturierte innere Aufbau schade der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit. Angeblich finde man zudem kaum mehr Männer und Frauen zur Übernahme der Führungsaufgaben in den Gemeinden und die Verwaltung der Gemeinden werden immer aufwendiger und schwieriger. Also soll man die Gemeinden zu grösseren Einheiten zusammenschliessen; das spare Kosten und Personal.

Und das gedacht: Das ist eine einseitige und zu simplifizierende Sicht der Dinge. Unsere bisherige kleinräumige Organisation hat nicht nur die Bürgernähe gewährleistet, sie hat auch innere Spannungen abgebaut und ein friedliches Miteinander der verschiedenen Kulturen, Religionen und sozialen Schichten ermöglicht. **Eine zentralistische Organisation führt bei den Amtsträgern und Bürokraten zwangsläufig zu unkontrollierten Machtballungen.** Sie ist freiheitsfeindlich!

Und «Avenir Suisse» lasse sich gesagt sein: Es gibt neben der Wirtschaft noch einige andere Werte!

Das gelesen: Die dänische Regierung gibt bekannt, dass dank verschärfter Einwanderungsbestimmungen (gegenüber Asylbewerbern und EU-Angehörigen) 6,7 Milliarden Euro an Sozialleistungen eingespart werden konnten (in welchem Zeitrahmen wurde nicht publiziert – vermutlich in einem Jahr!). Einwanderer aus nichtwestlichen Ländern sollen den Staat (lies Steuerzahler!) jährlich 2,3 Milliarden Euro kosten.

Gleichzeitig plant die EU-Kommission eine Vereinheitlichung des Asylrechts in allen Mitgliedstaaten. Danach können Asylbewerber künftig mindestens zwölf Monate lang nicht mehr aus dem jeweiligen EU-Staat abgeschoben werden. Zudem haben sie sofort den vollen Zugang zu allen Sozialleistungen, können Familienangehörige nachholen und nach sechs Monaten Aufenthalt gleichberechtigt neben den EU-Bürgern voll am Arbeitsmarkt teilnehmen (sofern sie überhaupt arbeiten wollen!).

Und das gedacht: Es darf wohl angenommen werden, dass für die Schweiz ein vergleichbar hohes Einsparungspotenzial vorhanden ist. Die immer wieder auftauchenden Berichte, was uns Wirtschaftsflüchtlinge und die Masseneinwanderung in die Sozialwerke kosten, müssen jedem braven Steuerzahler das Blut in den Kopf treiben. Nicht zu vergessen

sind die noch schlimmeren Folgen für unsere Natur (Verschleuderung von Kulturland für den Wohnungsbau und die Ausweitung der Infrastruktur), die Verknappung der Wasser- und Energievorräte, zunehmende Luft- und Lärmbelastungen wegen der einwanderungsbedingten Bevölkerungsvermehrung. – Der amerikanische Autor **Jim Marrs schreibt in seinem Buch «Die Billionen Dollar Verschwörung»** auf Seite 308 (Zitat): *Das Studium der Ökonomie muss uns erkennen lassen, dass das permanente Wachstum eine Illusion ist, die eine mächtige wirtschaftliche Elite ersonnen hat. – Die politische Wissenschaft lehrt uns, dass es in der Politik immer um Machtinteressen geht, die mit der Wachstumsideologie im Bereich der Wirtschaft zusammenhängen.*

Und die Ökologie lehrt uns, dass Dauerwachstum in einem limitierten Raum mit Sicherheit in einem Zusammenbruch enden muss.

Das gelesen: Seit dem 11. Mai 2011 ist klar, dass die EU angeblich aus Gründen des Klimaschutzes die Anzahl der PW in ihrem Bereich massiv reduzieren will. Das soll dadurch erreicht werden, dass durch schikanöse Vorschriften für die über 60-Jährigen etwa 50 Prozent der Altersrentner keinen Führerschein mehr erhalten sollen.

Und das gedacht: Es ist unglaublich, wie die Bürokraten der EU immer neue Tricks zur Unterdrückung einzelner Bevölkerungssegmente (vor allem jene, die selber denken gelernt haben!) aushecken. Klimaschutz im Mikrobereich wäre durch den Verzicht auf weitere Bevölkerungsvermehrung im Euro-Land wohl möglich; sicher aber angesichts der Entwicklungen in China, Indien und Afrika völlig irrelevant. Klimaschutz im Makrobereich überlassen wir besser unserem Herrgott. Die Klimaänderungen (Eiszeiten, Wärmeperioden und geologische Katastrophen) globalen Ausmasses entziehen sich ganz offensichtlich der Einflussnahme durch uns Menschen. Aber derartige Einsichten übersteigen offenbar die Möglichkeiten der Brüsseler Oligarchie!

Das gelesen: Ich stehe unter dem Eindruck der Proteste gegen die Banken und lese soeben (Zitat): **«97% der Rettungsmilliarden, die angeblich aus Brüssel (an Griechenland) überwiesen werden, fliessen sofort wieder zurück in die Kassen der grossen Banken; vor allem nach Deutschland und Frankreich.»**

Gleichzeitig verarmt das griechische Volk im Eilzugstempo. Die Lunte brennt in Richtung blutige Revolten des griechischen Volkes gegen seine Regierung und die Finanzeliten.

Und das gedacht: Sicher sind nicht nur die Banken an der Misere schuld; aber sie haben die Fehler der Politiker hemmungslos ausgenutzt, um die eigenen Kassen zu füllen. **Mit «fiat-money» haben sie eine Schuldenwirtschaft gestützt, ja gefördert,** die irgendwann zusammenbrechen muss. Bleibt zu hoffen, dass die griechische Regierung die Einsicht und die Kraft aufbringt, einen Staatsbankrott durchzuziehen und dann **wieder mit einer eigenen Währung und einem ihrer Realwirtschaft angepassten Finanzsystem neu zu beginnen.** Und das hoffentlich nicht erst unter dem Druck blutiger Unruhen.



Angela Merkel und Nicolas Sarkozy – Die Achse der Macht lässt ihre «EU-Schafe» dienen.

Das gelesen: Deutschland kommt finanziell immer mehr unter Druck!

- Die Regierung rechnet damit, in den nächsten 5 Jahren 550 Milliarden neue Schulden zur Deckung des Haushaltsdefizits aufnehmen zu müssen.
- Gleichzeitig fordert das bankrotte Griechenland unbekümmert um frühere Verträge erneut 70 Milliarden an Reparationszahlungen zur Abgeltung der Schäden aus dem Zweiten Weltkrieg.
- Und die Amerikaner fordern neuerdings, Deutschland müsse den Wiederaufbau von Libyen bezahlen, da es sich am Krieg gegen Gaddafi nicht beteiligt habe.
- Im Rahmen der EU-Schutzschirme hat Deutschland ohnehin den Zahlmeister zu spielen.

Und das gedacht: Wie lange wird sich das deutsche Volk wohl noch in so schamloser Weise ausnehmen lassen. Es wäre ohnehin an der Zeit, dass sich die deutsche Regierung auf die nationale Würde besinnen könnte, die Geschichte der letzten hundert Jahren in umfassender Art und Weise neu schreiben zu lassen und von den **Siegermächten des Zweiten Weltkrieges ultimativ einen Frie-**

densvertrag fordern würde. Es darf doch nicht sein, dass ein Volk mit 80 Millionen Einwohner nach zwei Generationen noch immer für die (vermeintlichen und) effektiven Verbrechen der Vorväter bluten muss. Die Katastrophen des 20. Jahrhunderts waren ja nun wirklich nicht allein den Deutschen anzulasten.

Das gelesen: José Manuel Barroso, der Präsident der EU-Kommission, gilt als mächtigster Mann (und benimmt sich auch entsprechend) von Europa. Auf alle Seiten verteilt er Noten und sagt wo es lang geht.

Jetzt wird bekannt, dass Barroso früher Leiter der portugiesischen links-extremistischen, kommunistischen Partei PTCP/MRPP war. Gleichzeitig war er als Agent des amerikanischen Geheimdienstes CIA tätig.

Und das gedacht: Was braucht es noch, bis unsere Euro-Turbos merken, dass die Amerikanophilie eine Todesstrasse für die nationale politische Unabhängigkeit und das Subsidiaritätsprinzip ist und damit als zutiefst selbstschädigend bezeichnet werden muss. Die EU ist längst zu einer undemokratischen Manipulermasse der amerikanischen Imperialisten verkommen.

Das gelesen: BIN LADEN, Al Qaida und die 19 bzw. 20 Entführer waren vor, am und nach dem 11. September nie etwas anderes als das farbenprächtige Bühnenbild, in dessen dämmerdunklem Schutz die wahren 9/11-Verbrecher unerkannt ihre von sehr langer Hand geplante Untat verüben konnten, um sich gleich anschliessend dem (bisher) strafflosen Begehen noch weitaus mörderischer Untaten in Afghanistan, im Irak und – zu fürchtender Weise – demnächst im gesamten Nahen und Mittleren Osten zu widmen, während Al Dschasira für die ständige Pflege und Ausschmückung der Kulisse sorgte.

Und das gedacht: Wer die kriminalistisch aufgearbeiteten Umstände des 9/11 studiert hat, kann keinen Zweifel mehr haben, dass die offiziellen Darstellungen brutal verlogen und falsch sind. Die kürzlich weltweit durchgeführten Erinnerungsfeiern sind bestenfalls als widerlich zu bezeichnen. **Die Vorgänge des sogenannten «arabischen Frühlings» sind als weiteren Grossefolg der amerikanischen/ israelischen Geheimdienste im Sinne des «Kriegs im Geheimen» einzuordnen.** Ganze Völker werden missbraucht, um die imperialistische Kontrolle über den arabisch/islamischen Raum sicherzustellen. Die Regie über dieses Spektakel ist wahrhaft beeindruckend – aber nichtsdestoweniger menschenverachtend.



Rapport du président par interim

2011 fut pour notre section une année difficile. Nous avons enregistré de très mauvais résultats aux élections communales à Lausanne au mois de mars et moins de 0,1%, record historique!, aux élections fédérales du mois d'octobre suivant. En outre, nous avons, comme chaque année, à déplorer les décès de 6 membres fidèles à notre parti dont Madame Edith Tealdi-Girod, 90 ans, le 15 août 2011, Madame Hermine Johann, 96 ans, de Vevey, le 10 septembre de l'année précédente ainsi que notre ami et ancien vice-président, Monsieur Jean-François Borlat le 4 février 2011. Nous avons également et à regret du intervenir à l'égard de notre président Robert Gurtner qui n'a pas défendu – c'est un euphémisme – le programme de notre Parti, délibérément. A tel point qu'une décision d'exclusion immédiate, après consultation du bureau directeur, fut prise très rapidement. Monsieur Gurtner, s'il le désire, peut présenter un recours contre cette décision ici aujourd'hui. Celle de l'Assemblée générale sera définitive.

Face à une telle situation, il serait facile de renoncer à l'action politique et de laisser tomber. Ce n'est pas notre intention. Bien sûr que non! Tout simplement parce qu'il ne nous est pas possible de faire autrement tout en continuant à vivre, ou survivre, dans ce triste pays. Nous allons voir pourquoi et comment remédier à notre désarroi, nos errements ou... nos coupables impérities en les surmontant et les transformant en autant d'armes dirigées à l'encontre de nos féroces ennemis afin de remporter dans ce siècle déjà la bataille finale! Voilà près de 17 ans que j'ai déserté le monde communiste chimérique et ses néo-utopies mondialistes pour rejoindre, impavide, le Parti des Démocrates Suisses. 17 ans de déceptions aussi, tant notre base électorale s'était affaiblie, et notre image ternie tout au long de ces catastrophiques dernières décennies.. Celles qui, aujourd'hui, nous infligent, peut-être, le coup de grâce fatal! Et pourtant... Nous nous sommes investis lors de cette dernière campagne pour les élections fédérales. Nous avons présenté une liste, certes restreinte; notre affiche a d'abord intrigué, puis elle a été copieusement décriée et vandalisée, mais aussi appréciée. Son graphisme faisant plutôt penser à

l'ère de la société soviétique. Peu importe. Les slogans permettaient d'en saisir suffisamment le sens, finalement très explicite.

En effet, ce pays n'a pas seulement renoncé à son indépendance – les lois liberticides européennes s'inspirant des droits de l'homme se substituant à celles prescrites par notre Constitution – mais, dans l'aventure, il a également perdu son identité, et jusqu'à son âme!

45'000 naturalisés chaque année depuis la criminelle introduction de la double nationalité en 1993, généreusement octroyée à une fange mercantile que seule une vénalité pernicieuse doublée d'une cupidité pathologique expliquent la présence dans ce pays! A noter, à cet égard, une augmentation exponentielle dans ce domaine: l'office fédéral des migrations communique les derniers chiffres, ceux du mois de décembre 2011: 5721 naturalisations. Décembre 2010: 2639 naturalisés.

Les naturalisations, pour le mois de décembre, ont doublé en 1 année! Cela s'explique d'abord et surtout par l'effondrement de l'Union Européenne, avec son cortège de faillites, de chômage démentiel et de misère. La conséquence pour la Suisse sera que les naturalisations vont très vite passer à 60'000 et plus cette année déjà; Suicide programmé d'une nation masochiste dotée d'un peuple imbecile et dégénéré qui n'a déjà plus de futur et semble s'en réjouir. Comprenez qui pourra?... Comme nous l'avons déjà mentionné à maintes reprises, ces naturalisations, les plus importantes en Europe et en pourcentage, ne nous seront jamais favorables. Seuls les Partis mondialistes (Socialiste, vert Écologiste, Communiste, etc...) en seront bénéficiaires: Il y a 62'000 décès chaque année en Suisse, dont 5000 étrangers. Cela signifie que près de 2 millions de suisses sont morts ces 30 dernières années. Il y a 72'000 naissances en Suisse chaque année: 18'000 étrangers + 70'000 immigrés supplémentaires depuis l'entrée en vigueur de la libre circulation (le chiffre n'est pas intangible), moins les décès = plus de 90'000 étrangers en plus chaque année contre 54'000 naissances suisses (naturalisés compris). Cela signifie qu'à terme, les ressortissants de ce pays seront devenus minoritaires. Comme en France bientôt, au Lu-



Michel Dupont, vice-président du DS Suisse; Adrian Pulver, secrétaire central du DS Suisse; Bruno Dupont, membre du comité central du DS Suisse.

xembourg, à Monaco, au Kosovo et en Afrique du Sud depuis longtemps 7 à 8 siècles après la fondation de la Confédération c'est l'hallali, la débâcle, la chienlit et le chaos généralisés!

Nous apprenons néanmoins par le télétexte de la TSR du 14/02/12, que 43% des Suisses sont favorables à une renégociation des accords bilatéraux relatifs à la libre circulation des personnes et 16% pour leur suppression. Cela correspond-il à une réelle volonté de s'opposer aux lobbies mondialistes, aux décisions du C.F. et aux projections pernicieuses d'Économie suisse? Nous verrons bien...

En tous les cas, c'est à ce moment précis que notre Parti doit retrouver le rôle historique qui fût le sien. L'objectif, apparemment inexpugnable n'est peut-être pas très loin d'être surmonté au regard d'un monde qui s'écroule et s'enfonce de plus en plus

dans la débâcle et la banqueroute que la Suisse, l'Europe l'entraînant inexorablement dans sa chute, à elle seule ne pourra évidemment pas résoudre! C'est dans cette perspective luciférienne et roborative que réside notre chance de retrouver les succès d'antan afin de sauver malgré lui ce pays en déliquescence et de lui permettre d'entrevoir un nouvel avenir, sans quoi ce sera le néant pour tous! C'est aussi avec cet état d'esprit que nous continuerons à nous engager dans cette voie, armés de nos seules et indestructibles convictions et du désarroi qui s'installe irréversiblement au cœur de nos mortels ennemis de toujours et de leurs perfides commanditaires. C'est la que reside l'ultime message d'espoir que nous pouvons encore délivrer aujourd'hui.

*Pierre-Maurice Vernay,
président par intérim du DS Vaud,
Remaufens*

Eligibilité des étrangers

Un clou de plus dans le cercueil de la future Constitution

Par 55 voix contre 12, la Constituante vient d'imposer l'éligibilité des étrangers contre la volonté du peuple et, de fait, d'enterrer le projet de Constitution.

Dès le début, le groupe MCG a annoncé qu'il s'opposerait au projet de Constitution si celui-ci contenait l'éligibilité des étrangers. En revan-

che, le Mouvement Citoyens Genevois milite pour une forte politique d'intégration et une naturalisation facilitée. Contrairement à ceux qui se battent pour des droits vides, nous avons prouvé que les personnes d'origine étrangère sont accueillies

Un clou de plus dans le cercueil...*Suite de page 13*

et promues dans des postes importants au sein de notre Mouvement. Nombre d'élus MCG sont d'origine étrangère, tout en défendant avec fierté leur citoyenneté genevoise et suisse, sans pour autant renier leurs racines.

Les électeurs genevois ont refusé il y a moins de 10 ans l'éligibilité des étrangers. Etablir cette disposition contestée revient à planter un nouveau clou dans le cercueil de la future Constitution. Le groupe MCG a

beaucoup travaillé pour trouver des alternatives, dont la disposition transitoire ou le vote à choix sur ce point contesté. Une fois de plus, les règles obscures de la politiques des copains-coquins a permis au PLR, allié aux Verts et au PS, de renier les engagements pris.

Nous gardons toutefois l'espoir qu'en troisième lecture, le respect de la volonté du peuple l'emportera sur les calculs politiques à court terme.

*Eric Stauffer,
président du MCG, Onex
Patrick-E. Dimier, chef du
Groupe MCG à la Constituante*

Sécurité: Genève à la traîne**Le MCG apporte une solution:
200 «gardes de sécurité» en plus!**

La sécurité c'est l'affaire de tous. C'est pourquoi le MCG dépose un projet de loi qui permet de disposer immédiatement d'environ 200 agents de sécurité municipale pour endiguer la criminalité.

Une récente émission de la TSR (Mise au point du 5 février 2012) relate l'augmentation des attaques à main armée dans certaines petites communes du canton de Vaud et de Genève. Le Gouvernement genevois est dépassé.

Le projet de loi que nous venons de déposer propose d'armer les policiers municipaux. Il n'y a rien de choquant à ce que des polices municipales soient armées, ce qui est le cas de nombreux cantons et villes de Suisse romande.

Il convient de leur assigner certaines tâches nouvelles. La police municipale pourra, avec ce projet de loi, être réquisitionnée pour des interventions de «moindre» importance sur sa commune, comme par exemple les «bruits du voisinage, scènes de ménage, accidents de circulation sans blessés, etc.», via la centrale d'engagement 117. Ce qui, vous l'aurez compris, laissera plus de temps à la police cantonale pour s'occuper d'interventions plus conséquentes afin d'endiguer l'augmentation de la criminalité.

La sécurité est l'affaire de tous et nous devons trouver impérativement des solutions pour stopper la criminalité.

*Eric Stauffer,
président du MCG, Onex*

Une femme de 79 ans torturée par des voyous**Criminels et salopards: ça suffit!**

Après cette lâche agression, le MCG réclame la plus grande sévérité et l'abrogation des jours-amendes au plus vite. Il faut également que le Conseil d'Etat mette des moyens suffisants pour la sécurité des Genevoises et des Genevois.

Nous ne pouvons tolérer que de paisibles grand-mères se fassent agresser chez elles.

Avec certains criminels et petites frappes minables, nous avons dépassé le niveau du supportable. Pour le MCG, il faut dégoûter ces voyous misérables et les empêcher de mettre les pieds à Genève. Il faut supprimer au plus vite les jours-amendes et faire preuve d'une sévérité exemplai-

re envers les clandestins criminels, qui déshonorent leur pays d'origine et notre cité.

Notre ville est devenue un terrain de jeu pour ces salopards, comme le prouve une agression sordide, qui s'est déroulée le soir du samedi 18 février.

Une femme de 79 ans a été ligotée chez elle, étranglée et torturée afin de livrer son code bancaire. Cette habitante de Chêne-Bourg a dû sa survie à l'intervention des voisins qui ont entendu ses cris. Peu après, deux individus bien connus de la justice, sont arrêtés à un distributeur bancaire avec la carte de la victime, grâce à la police et aux moyens mis en œuvre.

Nous remercions et félicitons la police pour son efficacité.

Ces deux individus, en situation irrégulière en Suisse, ont résisté et blessé un policier au moment de leur arrestation. Et pour couronner le tout, ils osent encore contester ces faits et, selon le Ministère public, «ne montrent aucune compassion envers la victime». Nous félicitons l'action du Ministère public et, en qualité de citoyens, exigeons que la plus grande sévérité s'applique dans une telle affaire. Et nous demandons également que le Code de procédure pénale soit réformé pour défendre les victimes plutôt que de protéger les criminels. **Non, ça suffit! Le MCG demande la plus grande fermeté envers ces individus qui se conduisent comme des bêtes et sont prêts à toutes les horreurs pour voler quelques francs.**

Incompétence du Conseil d'Etat

Cette malheureuse femme de 79 ans, qui pourrait être notre grand-mère, paye des années de laxisme envers les criminels, les dealers et autres donneurs de morts. Si un journal américain, le «New York Times», a dénoncé récemment la violence qui règne à Genève, nous constatons qu'elle vise maintenant non seulement les touristes mais aussi Monsieur ou Ma-

dame Tout-le-Monde. Nul n'est protégé.

Le MCG se bat avec la plus grande force contre le développement de la violence, contre le laxisme envers les clandestins dont la seule activité est le crime.



Par la même occasion, nous dénonçons l'incompétence du Conseil d'Etat genevois en matière de sécurité.

Voilà où nous conduit cette politique qui est une prime offerte aux criminels. Les habitants de notre canton en ont vraiment ras-le-bol et demandent un changement rapide.

*Eric Stauffer,
président du MCG, Onex
Roger Golay,
vice-président du MCG, Lancy
François Baertschi,
secrétaire général du MCG*

Le MCG participe au grand rassemblement contre un aménagement irresponsable**Non au blocage et à la fermeture de 50 rues en Ville de Genève!**

Nous devons tous nous unir contre des aménagements irresponsables et contre la fermeture de 50 rues! Le grand Rassemblement, que demandait le MCG, s'est réalisé, pour le référendum «Non au blocage des rues de Genève». Le MCG, comme les autres Partis opposés à ce projet néfaste, participera donc au comité référendaire qu'a mis en place le Groupement transports et économie (GTE).

Par une mesure dictatoriale et irréflective, nos ayatollahs verts, aidés par le PDC (!), les socialistes et l'Alliance de gauche, sont en train de détruire la Ville de Genève. Les personnes âgées, les handicapés, les familles n'auront plus accès à nos rues. Nous allons nous trouver face à un mouvoir, ce que le MCG ne peut tolérer.

Nous sommes pour une ville où il fait bon vivre. Ils veulent nous créer une nouvelle prison!

Nous sommes pour des espaces harmonieux où piétons et automobilis-

tes vivent heureux. Ils veulent nous imposer une destruction!

Nous voulons que les petits commerces puissent survivre et animer de manière sympathique nos rues. Ils veulent réserver nos rues aux dealers!

Nous voulons du dialogue et l'écoute des habitants pour ces aménagements. Ils veulent nous imposer des rues mortes!

Nous voulons des vrais centres piétons, commerciaux et touristiques, agréables pour les habitants. Ils veulent des bouts de rues rafistolés qui bloquent Genève!

Pour toutes ces raisons, le MCG recommande aux électeurs de la Ville de Genève de signer ce référendum!

Carlos Medeiros, président de la section MCG-Ville de Genève

Pascal Spuhler, chef du groupe MCG au Conseil municipal

Leserbriefe

Noch mehr Geld für den IWF?

Für die Aufstockung des Euro-Rettungsschirms verlangte die Direktorin des IWF, Christine Lagarde, anlässlich des WEF mehr Geld von der Schweiz und zwar zusätzlich zu den 2011 vom Parlament bewilligten 18 Milliarden. Bundesrätin Widmer-Schlumpf signalisierte reflexartig Zahlungsbereitschaft. Dass der Euro-Rettungsschirm mit Geld aus der Schweiz aufgestockt werden soll, entbehrt nicht einer gewissen Ironie: Bei seiner Einführung wurde der Euro nämlich als stabile Währung gefeiert. Jeder Staat, der die Haushaltskriterien verfehle, müsse mit Bussen in Milliardenhöhe rechnen, so damals der Präsident der EU-Kommission, José Manuel Barroso. Kein Wort verlor man über die hohen Steuern in der EU, die überregulierten Arbeitsmärkte und Mitgliedsländer,

welche die EU-Kriterien nie und nimmer erfüllen können. Dies sind Fakten, welche die Konkurrenzfähigkeit der EU-Wirtschaft gegenüber derjenigen der USA oder Asien stark beeinträchtigen. Offenbar versteht Lagarde ihr Handwerk nicht. Sonst würde sie den Euro-Rettungsschirm ganz einfach mit den Bussgeldern in Milliardenhöhe aufstocken, welche von den fehlbaren Staaten bisher einbezahlt wurden(!).

EU-Exponenten priesen seinerzeit die EU und den Euro als Garant für gemeinsamen Wohlstand an. Dieser Wohlstand sollte es den EU-Staaten eigentlich erlauben, aus eigener Kraft die Aufstockung des Rettungsschirms vorzunehmen. Und zwar ohne Entwicklungshilfe aus der Schweiz!

Otto Weiersmüller, Uetikon

Vom Hilde- zum Flächenbrand!

Auf der einen Seite überhäuft man den Nationalbankpräsidenten Hildebrand mit sehr weit überdurchschnittlichem Jahresgehalt und andererseits wundert man sich dann über dessen Spekulationsfähigkeit. Beides gehört jedoch untrennbar zusammen, an etwas anderes zu glauben, wäre kindlich naiv! Dies ist ähnlich dem Brandstifter, welcher zuerst nur «zünzelt», sich danach aber ärgert, weil er den anschliessenden plötzlich ausbrechenden Flächenbrand nicht mehr löschen kann. Herrn Hildebrand ist rechtlich nichts vorzuwerfen. Der zusätzliche Dollarkauf vom 15. August 2011 kann allenfalls als «unmoralisch» kritisiert werden; nur, es existiert im Reglement der SNB kein Gesetz, welches «die Moral» definiert und für verbindlich erklärt. Vor noch nicht allzu langer Zeit wurde von Seiten der SVP mit der Initiative «Bankkundengeheimnis in die Bundesverfassung» ein wichtiges Volksbegehren lanciert. Man erfährt indes nichts mehr über dessen Verbleib! Was ist hier geschehen? Es ist daher äusserst merkwürdig, dass der Informant bei der Bank Sarasin, welcher Hildebrands Bankdaten illegal entwendet bzw. fotografiert hat, SVP-Mitglied und zudem ein ehemaliger Schulkamerad des Thurgauer Anwalts und ebenfalls SVP-Mitglieds Hermann Lei ist. Bankdatendiebe, wie wir sie aus Deutschland her kennen, «arbeiten» nicht gratis, immerhin hat im

vorliegenden Fall der Dieb bewusst in Kauf genommen, seine Stelle zu verlieren. Das internationale Ansehen der Schweiz ist dadurch in tiefer Lächerlichkeit versunken. Frage: Wie viel Geld und von wem wurde dem Informanten für seine illegalen Dienste versprochen? Das Ganze riecht nach einer persönlichen Abrechnung mit Hildebrand, dieser kann sich jedoch gestrost zurücklehnen, denn der Steuerzahler muss ihm laut SNB-Reglement ein ganzes Jahresgehalt von 1 Million Franken «verfütern». Ärgern wird ihn das nicht sonderlich, denn bereits nach einem Jahr kann er sich wieder in einer gut betuchten Firma in den Verwaltungsrat wählen lassen...

Bei allem Respekt, aber dieses Mal hat die SVP den Bogen eindeutig überspannt, indem sie sich seit Langem einseitig auf Herrn Hildebrand eingeschossen hat; die anderen CEOs mit Insiderwissen lässt man indessen munter weiterspekulieren! Wenn man sicher gehen möchte, müsste man das Gehalt eines Nationalbankpräsidenten bzw. jedes CEOs sowie allen Mitgliedern des Bundesrates während der Amtszeit auf ein 0-Zins-Sperrkonto überweisen (einfrieren) und lediglich ein monatliches Taschengeld für den Lebensbedarf gewähren, dies wäre 100 Prozent «moralisch».

Marcus Stoercklé jun., Basel

Die «Abgehobenen» in Bundesbern

Die im Oktober 2011 neu gewählten Parlamentarier und Bundesräte werden weiterhin konferieren, analysieren, besprechen, Überlegungen anstellen, «lobbyieren» usw. Jedoch die wahren Probleme die der Mehrheit unserer Bevölkerung grosse Sorgen bereiten, werden sicher wesentlich wieder total übergangen respektive vergessen! – Schwächung/Verarmung des Mittelstandes – unbezahlbare Mieten, horrenden Krankenkassenprä-

mien – Übervölkerung – Kriminalität – das Überhandnehmen fremder, intoleranten Kulturen – Bücklinge vor der maroden unfreien EU – Arbeitslosigkeit durch Massen-Billigstarbeitskräfte aus dem Ausland – allgemeiner Wohlstandsverlust. Was wird wohl der Bundesrat und das Parlament für die grosse Mehrheit machen...?

Willi Pavan, parteilos, Rheinfelden

15 Prozent mehr Einwanderer als im Vorjahr

Im vergangenen Jahr sind wieder mehr Personen in die Schweiz eingewandert. Die meisten Zuwanderer stammen aus EU-Staaten. Seit letzten Mai die Personenfreizügigkeit für acht neue EU-Länder in Kraft getreten ist, nimmt auch die Zahl osteuropäischer Einwanderer zu. Rund 4700 Personen sind seit her aus Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien oder Ungarn eingewan-

dert. Die meisten Zuwanderer im Jahr 2011 stammen aber weiterhin aus den «alten» EU-Ländern. Insgesamt wächst die Zuwanderung nach zwei Jahren Rückgang wieder: Letztes Jahr nahmen 75'000 Personen aus dem Ausland neu Wohnsitz in der Schweiz. Das sind 15 Prozent mehr als im Vorjahr, wie Michael Glauser vom Bundesamt für Migration mitteilte.

SDA/jhd.

Das Testament – Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Wie andere Vereine und Parteien auch, sind wir auf grössere Zuwendungen lebensnotwendig angewiesen. Spenden helfen uns weiter! Aber leider reichen diese nicht aus, um unseren Finanzbedarf zu decken. Wir gehen sehr sparsam und sorgfältig mit dem gespendeten Geld um. Ausser drei Personen (dem vollamtlich angestellten Zentralsekretär und zwei Leuten, welche nebenberuflich wichtige Arbeiten für uns erledigen) bezieht niemand bei uns Geld. Auch beispielsweise der Zentralpräsident und die Kantonalpräsidenten arbeiten bei uns ehrenamtlich. Nur so können wir unseren politischen Kampf überhaupt weiterführen.

Uns helfen auch Beträge, welche aus testamentarischen Verfügungen kommen. Überlegen Sie sich deshalb, ob Sie uns auf diesem Wege unterstützen können! Sie helfen so uns als Partei – aber vor allem tun Sie damit etwas für Volk und Heimat! Sie leisten also Hilfe für einen guten Zweck, eine gute Sache.

Deshalb: Haben Sie also auch schon daran gedacht, die **SCHWEIZER DEMOKRATEN** in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:
Schweizer Demokraten SD
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10, Telefax 031 974 20 11
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Sie können sich aber auch an den Zentralpräsidenten wenden:
Rudolf Keller, Adlerfeldstrasse 29, 4402 Frenkendorf,
rudolf.keller@bluewin.ch

Eidgenössische Volksinitiative «Für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung»

Es wird eng in der Schweiz!

- ➡ Jeden Tag wird in der Schweiz die Fläche von über 15 Fussballfeldern wertvollen Kulturlandes verbaut...
- ➡ Im Verlaufe der letzten 10 Jahre hat die Bevölkerung explosionsartig um 500'000 Menschen zugenommen...
- ➡ Heute leben schon über 7,8 Millionen Menschen in der Schweiz...
- ➡ Überfüllte Züge, verstopfte Strassen, Wohnungsnot, steigender Energieverbrauch, übermässige Umweltbelastung und Zersiedelung der Landschaft sind Folgen der Überbevölkerung...
- ➡ Mit Ihrer Unterschrift helfen Sie mit, diese verhängnisvolle Entwicklung zu stoppen!

Eidgenössische Volksinitiative „Für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung“

Im Bundesblatt veröffentlicht am 26. Juli 2011. Die unterzeichneten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 34, 136, 139 und 194 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff, folgendes Begehren:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 73a (neu) Stabilisierung der Gesamtbevölkerung

¹ Der Bund trifft Massnahmen gegen die Überbevölkerung der Schweiz.

² Er sorgt dafür, dass die Zuwanderung die Abwanderung nicht übersteigt. Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sind von dieser Beschränkung ausgenommen.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es **handschriftlich** unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich **strafbar** nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton _____	PLZ _____	Politische Gemeinde _____			Kontrolle (leer lassen)
Nr.	Name, Vorname (handschriftlich und möglichst in Blockschrift)	Geburtsdatum (Tag Monat Jahr)	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Unterschrift (eigenhändig)	
1					
2					
3					
4					
5					

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Initiative mit absoluter Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder zurückzuziehen:
Patrick Blöchliger, Gemeinderat, Schwandenholzstr. 161, 8052 Zürich; **Dr. -Ing. Michel Dupont**, chemin de la Clergère 29, 1009 Pully; **Lonny Flückiger-Lehmann**, rue du Stand 14, 2053 Cernier; **Bernhard Hess**, e. Nationalrat, Normannenstr. 45, 3018 Bern; **Rudolf Keller**, e. Nationalrat, Aderfeldstr. 29, 4402 Frenkendorf; **Ruth Krähenbühl-Gerber**, Mittlere Halterstr. 10, 3625 Helligenschwend; **René Kunz**, Grossrat, Breilestr. 14, 5734 Reinach AG; **Robert Meyer**, Stadtrat, Untermaltweg 66, 3027 Bern; **Dr. Ing. -chem. ETHZ Dragan Najman**, Grossrat, Mellingerstr. 176, 5400 Baden; **Dipl. Ing. agr. ETH Valentin Oehen**, e. Nationalrat, Köniztalstr. 12, 3098 Köniz; **Iic. Iur. Christoph Spliss**, Gemeinderat, Mühlezeigstr. 42, 8047 Zürich; **Roland Uhler**, e. Gemeinderat, Paul-Brandt-Str. 48, 9000 St. Gallen; **Lidwina Wiederkehr-Müller**, e. Gemeindeammann, Baldingerstr. 4, 5332 Rekingen AG; **Silvio Zannin**, Langgasse 69, 9008 St. Gallen.

Ablauf der Sammelfrist: 26. Januar 2013 Die unten stehende Stimmrechtsbescheinigung wird durch das Initiativkomitee eingeholt.

Die unterzeichnende Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende _____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft)		Amtsstempel
Ort	Datum	
Eigenhändige Unterschrift	Amtliche Eigenschaft	

Die Liste ist vollständig oder teilweise ausgefüllt zurückzusenden an das Initiativkomitee «Für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung»:
 Postfach 18, 5332 Rekingen AG www.stabilisierungs-initiative.ch